

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

56 (7.3.1914) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M; abgeholt monatl. 65 s; am Postschalter 2,10 M, durch den Briefträger 2,52 M vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Solalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Genossinnen und Genossen!

Alle organisatorischen Vorbereitungen für den **Frauentag** und die **„Rote Woche“** sind geöffnet.

In der Parteipresse sind die wichtigen Aufgaben, die in der Woche vom 8. bis zum 15. März erfüllt werden sollen, mit Nachdruck erörtert worden:

Her mit dem Wahlrecht für die Frauen!

Mehr Leser für die Parteipresse!

Mehr Mitglieder für die Organisationen!

Ein letzter Hinweis auf den Ernst der Zeit muß genügen, alle Parteigenossen zu eifrigster Werbearbeit anzuspornen. **Keiner darf dieser wichtigen Parteiarbeit fern bleiben.**

Besondere Aufmerksamkeit ist der **Hausagitation** zu schenken, die während der ganzen Woche betrieben werden muß.

Genossinnen u. Genossen, seid pflichtbewußt!

Berlin, den 6. Februar 1914.

Mit Parteigrüß
Der Parteivorstand.

International.

Die angebliche „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie spielt aus Anlaß der Beurteilung der Genossin Luzeburg wieder eine große Rolle in der gegnerischen Presse. Wir haben oft darauf hingewiesen, wie diese Leute sich selbst obzefigen, wenn sie auf der einen Seite das Christentum preisen und auf der anderen sich „deutsch-national“ im landesüblichen Sinne geben. Denn das ursprüngliche Christentum war genau so international wie heute die Sozialdemokratie; es verwarf die Lehre, daß es ein „ausgewähltes“ Volk von besonders hervorragenden Qualitäten gäbe, es wandte sich an alle Völker, es wollte ihre Vereinigung und Verbrüderung. Natürlich hat aber der moderne Sozialismus den Gedanken der Internationalität weiter entwickelt, mehr in ihn hineingetragen, als dies eine vor 2000 Jahren entstandene Lehre tun konnte. Mit vorzüglicher Klarheit zeigt die kürzlich von Eduard Bernstein herausgegebene Schrift von Friedrich Engels „**Grundsätze des Kommunismus**“ die Gedankenfülle, die unsere Vorkämpfer in den Sozialismus hineingelegten, und aus ihr muß auch der Begriffsstutzigste erkennen, was es mit der Internationalität der Sozialdemokratie auf sich hat.

Unmittelbar versteht sich die Internationalität der Sozialdemokratie daraus, weil das Proletariat sich nur international befreien kann. Die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtschaft ist nicht in einem einzelnen Lande möglich, sondern nur durch gemeinsame Anstrengungen der Proletarier in allen kapitalistischen Ländern. Dies ist die notwendige Folge der wirtschaftlichen Umwälzung, die seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts der Großkapitalismus gebracht hat und die die englische Schrift etwa mit folgenden Gedankengängen darlegt.

Nicht in allen Ländern gleichzeitig wurde die Dampfmaschine in großem Maßstabe angewandt, sondern zuerst in England; in weitem Abstande erst folgten Frankreich, Deutschland und die übrigen Länder Europas; die anderen Weltteile — Amerika natürlich ausgenommen — blieben zunächst überhaupt noch in halb barbarischem Zustande. Aber die immer billiger werdenden Preise der englischen Fabrikate zogen alle übrigen Länder in diesen Strom der kapitalistischen Entwicklung hinein. Nicht daß sie sofort ebenfalls die Dampfmaschine einführten — das haben ja die außereuropäischen Länder zum größten Teil erst in den letzten Jahrzehnten und dann mit dem Gelde europäischen Kapitalisten getan. Aber „sie kauften die wohlfeilen Waren der Engländer und ließen ihre eigenen Manufakturarbeiter zugrunde gehen.“ So sind Länder, wie

Indien und China, in die kapitalistische Entwicklung hineingezogen worden. „Es ist dahin gekommen, daß eine neue Maschine, die heute (1847) in England erfunden wird, binnen eines Jahres Millionen von Arbeitern in China außer Brot setzt.“

Zuerst also auf diese Weise hat die große Industrie alle Völker der Erde miteinander in Verbindung gesetzt. Der Abzug der Waren, die früher mehr oder minder an den Standort der Industrie gebunden war — weil nur sehr hochwertige Waren den langen und kostspieligen Transport nach fernen Orten vertrugen —, wurde durcheinander geworfen; jede mit der Maschine produzierte Ware konnte überall in der Welt verkauft werden, die ganze Welt war ihr Markt, der Weltmarkt war geschaffen.

So standen die Dinge im Jahre 1847, und es ist klar, daß somit jeder wirtschaftliche Fortschritt in einem Lande auf alle anderen Länder einwirken muß. Eine Interessenverbindung aller Länder war so geschaffen. Um dieselbe Zeit, als Goethe schrieb: „Wenn hinten fern in der Türkei die Völker auf einander schlagen, geht uns das hier nichts an,“ wars tatsächlich gar nicht mehr so. Durch die wirtschaftliche Verbindung waren die Geschicke der Völker miteinander verflochten. Daß sich dies in den seither verflochtenen 65 Jahren noch viel mehr durchgesetzt hat, bedarf keines Beweises.

Zum „Volkshfreund“

muß jeder Arbeiter greifen und auch Abonnent desselben sein, wenn er gegen Unterdrückung und Knechtschaft protestieren will.

Nur die sozialdemokratische Presse dient den Interessen der Arbeiterschaft.

Daraus allein ergibt sich schon, daß, „wenn jetzt (1847) in England oder Frankreich die Arbeiter sich befreien, dies in allen anderen Ländern Umwälzungen nach sich ziehen muß.“ Greift schon die Auffstellung einer neuen Maschine in England so tief in die Lebensverhältnisse anderer Völker ein, so mißte dies noch vielmehr der Fall sein, wenn das ganze englische Wirtschaftssystem von Grund auf umgestaltet würde. Deshalb müssen rückständige Verhältnisse in anderen Ländern hemmend einwirken auf die Befreiung der englischen Arbeiter, und so ergibt sich die Internationalität der Sozialdemokratie von selbst; die Proletarier der vorgehenden Länder sind zum Zweck ihrer eigenen Befreiung unbedingt darauf angewiesen, untereinander und mit den Arbeitern der anderen Länder Hand in Hand zu gehen.

Aber diese Internationalität liegt auch durchaus im Sinne und Interesse des allgemeinen Kulturfortschritts. Das Kapital selbst braucht ja mehr und mehr die ganze Erde ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen als Feld seiner Betätigung, und längst ist deshalb die Bourgeoisie international geworden. Denken wir an die Nischen der modernen Wirtschaftsentwicklung, die Kartelle, Syndikate und Trusts — von denen man 1847 noch nichts wußte —, so gibt es nicht einen unter ihnen, der sich an die Landesgrenzen fehrte. Und selbst soweit der moderne Großbetrieb sich noch, wie bei Krupp, in den Händen einer Firma oder einer Familie befindet, erstreckt er seine Beziehungen, seinen Besitz, seine Geschäfte weit ins Ausland hinein. Es ist schon so, wie das kommunistische Manifest sagt: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie... Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen.“

Die Proletarierin.

R. L. Der Tag der Proletarierin eröffnet die Woche der Sozialdemokratie. Die Partei der Entertien stellt ihre weibliche Kolonne vor die Front, indem sie zu dem heißen Kämpfe auszieht, um den Samen des Sozialismus auf neue Acker zu streuen. Und der Ruf nach politischer Gleichberechtigung der Frauen ist der erste, den sie erhebt, indem sie sich anständig, für die Forderungen der gesamten Arbeiterklasse neue Anhängercharaktere zu werben.

Die moderne Lohnproletarierin tritt so heute auf die öffentliche Bühne als die Vorkämpferin der Arbeiterklasse

und zugleich des ganzen weiblichen Geschlechts — die erste Vorkämpferin seit Jahrtausenden.

Schwer hat die Frau des Volkes seit jeher gearbeitet. In der wilden Horde schleppt sie Lasten, sammelt Lebensmittel. In dem primitiven Dorfe pflanzt sie Getreide, mahlt, formt Töpfe. In der Antike als Sklavin bedient sie die Herrschaft und säugt deren Spröhlinge mit ihrer Brust. Im Mittelalter front sie in der Spinnstube für den Feudalherrn. Aber seit das Privateigentum besteht, arbeitet die Frau des Volkes meist getrennt von der großen Werkstatt der gesellschaftlichen Produktion, also auch der Kultur, eingepfercht in die häusliche Enge eines armligen Familiendaseins. Erst der Kapitalismus hat sie aus der Familie gerissen und in das Joch der gesellschaftlichen Produktion gespannt, auf fremde Aeder, in die Werkstätten, auf Bauten, in Fabriken, in Büreaus und Warenhäuser getrieben. In der bürgerlichen Frau ist das Weib ein Parasit der Gesellschaft, ihre Funktion besteht nur im Mitberzehren der Früchte der Ausbeutung. In der Kleinbürgerin ist sie ein Kastrier der Familie. In der modernen Proletarierin wird das Weib erst zum Menschen, denn der Kampf macht erst den Menschen, der Anteil an der Kulturarbeit, an der Geschichte der Menschheit.

Für die besitzende bürgerliche Frau ist ihr Haus die Welt. Für die Proletarierin ist die ganze Welt ihr Haus — die Welt mit ihrem Leid und ihrer Freude, mit ihrer kalten Grausamkeit und ihrer rauhen Größe. Die Proletarierin wandert mit dem Tunnelarbeiter aus Italien nach der Schweiz, kampiert in Baroden und trodnet trälend ihre Säuglingswäse neben Felsen, die mit Dynamitpatronen in die Luft fliegen. Als Saisonarbeiterin sifft sie im Frühjahr im Lärm der Bahnhöfe auf ihrem bescheidenen Bündel, ein Tüchlein auf dem schlichtgeputzten Kopfe, und wartet geduldig, um vom Ofen nach dem Westen verladen zu werden. Auf dem Zwischendeck des Dampfers wandert sie mit jeder Welle, die das Glend der Krise von Europa nach Amerika spült, in der buntpflichtigen Menge hungernder Proletarier, um, wenn die rückläufige Welle einer amerikanischen Krise aufschäumt, nach der heimatischen Misere Europas zu neuen Hoffnungen und Enttäuschungen zur neuen Jagd nach Arbeit und Brot zurückzuführen.

Die bürgerliche Frau hat kein wirkliches Interesse an politischen Rechten, weil sie keine wirtschaftliche Funktion in der Gesellschaft ausübt, weil sie die fertigen Früchte der Klassenherrschaft genießt. Die Forderung nach weiblicher Gleichberechtigung ist, wo sie sich bei bürgerlichen Frauen regt, keine Forderung einzelner schwacher Gruppen, ohne materielle Wurzeln, ein Phantom des Gegenjahres zwischen Weib und Mann, eine Schrulle. Daher der possenhafte Charakter der Suffragettenbewegung.

Die Proletarierin braucht politische Rechte, weil sie dieselbe wirtschaftliche Funktion in der Gesellschaft ausübt, ebenso für das Kapital radert, ebenso den Staat erhält, ebenso von ihm ausgelogen und niedergehalten wird, wie der männliche Proletarier. Sie hat dieselben Interessen und benötigt zu ihrer Verfechtung dieselben Waffen. Ihre politischen Forderungen wurzeln tief in dem gesellschaftlichen Abgrund, der die Klasse der Ausgebeuteten von der Klasse der Ausbeuter trennt, nicht im Gegensatz von Mann und Frau, sondern im Gegensatz von Kapital und Arbeit.

Formell fügt sich das politische Recht der Frau in den bürgerlichen Staat ganz harmonisch. Das Beispiel Finnlands, amerikanischer Staaten, einzelner Gemeinden beweist, daß die Gleichberechtigung der Frauen den Staat noch nicht umstürzt, die Herrschaft des Kapitals nicht antastet. Da aber das politische Recht der Frau heute tatsächlich eine rein proletarische Klassenforderung ist, so ist es für das heutige kapitalistische Deutschland wie die Forderung des jüngsten Gerichts. Wie die Republik, wie die Miliz, wie der Achtstundentag, kann das Frauenwahlrecht nur zusammen mit dem ganzen Klassenkampf des Proletariats siegen oder unterliegen, kann nur mit proletarischen Kampfmethoden und Machtmitteln verfochten werden.

Bürgerliche Frauenrechtlerinnen wollen politische Rechte erwerben, um sich dann im politischen Leben zu betätigen. Die proletarische Frau kann nur der Bahn des Arbeiterkampfes folgen, der umgekehrt jeden Fußbreit tatsächlicher Macht erringt, um dadurch erst die geschriebenen Rechte zu erwerben. Im Anfang jedes sozialen Aufstiegs war die Tat. Die proletarischen Frauen müssen im politischen Leben durch ihre Betätigung auf allen Gebieten festen Fuß fassen, nur so schaffen sie sich ein Fundament für ihre Rechte. Die herrschende Gesellschaft verweigert ihnen den Zutritt zu den Tempeln ihrer Gesetzgebung, aber eine andere Großmacht der Zeit öffnet ihnen breit die Tore — die sozialistische Partei. Hier, in Reich und Glied der Organisation, breitet sich vor der proletarischen Frau ein unübersehbares Feld politischer Arbeit und politischer Macht. Hier allein ist die Frau ein gleichberechtigter Faktor. Durch die Sozialdemokratie wird sie in die Werkstatt der Geschichte eingeführt, und hier, wo zyklonische Kräfte hämmern, erstreitet sie sich tatsächliche Gleichberechtigung, auch wenn ihr das papierne Recht einer bürgerlichen Verfassung verweigert wird. Hier rüttelt die Arbeiter-

Frau neben dem Manne an den Säulen der bestehenden Gesellschaftsordnung, und bevor ihr diese den Schein ihres Rechts zugeht, wird sie helfen, diese Gesellschaftsordnung unter Trümmern zu begraben.

Die Werkstatt der Zukunft bedarf vieler Hände und heißen Mienen. Eine Welt weiblichen Jammers wartet auf Erlösung. Da stöhnt das Weib des Kleinbauern, das unter der Last des Lebens schier zusammenbricht. Dort in Deutsch-Afrika in der Kalahariwüste bleichen die Knochen wehrloser Herero-Weiber, die von der deutschen Soldateska in den grauen Tod vor Hunger und Durst gekehrt worden sind. Jenwärts des Ozeans, in den hohen Felsen des Putumayo, verhallen von der Welt ungehört Todeschreie gemarterter Indianerweiber in den Gummipflanzungen internationaler Kapitalisten.

Proletarierin, Aermste der Armen, Rechtloseste der Rechtlosen, eile zum Kampfe um die Befreiung des Frauengeschlechts und des Menschengeschlechts von den Schrecken der Kapitalsherrschaft. Die Sozialdemokratie hat dir den Ehrenplatz angewiesen. Eile vor die Front, auf die Schanze!

Wilhelm der Beleidigte.

In der Serie der Kronprinzen-Beleidigungsprozesse, die das dienstfertige preußische Justizministerium eingeleitet hat, ist am Donnerstag in Berlin das erste Urteil gefällt worden. Es richtet sich gegen den Schriftsteller Hans Leuß und lautet auf 6 Monate Gefängnis.

Leuß hatte in einem Artikel der „Welt am Montag“ unter der Ueberschrift „Wilhelm der Beste am Montag“ unter der Ueberschrift „Wilhelm der Beste“ die verschiedenen politischen Aktionen des Thronerben scharf kritisiert und dabei den Gedanken ausgesprochen, daß der Prinz durch die Art seines Auftretens der republikanischen Propaganda den Boden bereite. Es ist nicht anzunehmen, daß außer dem Staatsanwalt und den Richtern auch nur ein einziger von den mehr als hunderttausend Lesern der „Welt am Montag“ in diesem Artikel eine gegen den Kronprinzen verübte Ehrverletzung erblickt hat. Die Meinung des Verfassers, daß die Reuter-Telegramme und der Abschieds-erlaß von Langfuhr gerade nicht als Äußerungen einer übertragenden politischen Geschicklichkeit zu betrachten seien, kam darin allerdings in klarer Weise zum Ausdruck. Aber wenn der Staatsanwalt und die Richter im Gegensatz zum Angeklagten der Ansicht wären, daß sich der Kronprinz gerade durch diese Handlungen als ein besonders ausgezeichnete Politiker erwiesen habe, so würden sie auch mit dieser Meinung in Europa und Umgebung ziemlich vereinsamt dastehen.

Eine Verurteilung wegen dieses Artikels konnte auch der erfahrenste Journalist in keiner Weise voraussehen. Sie erklärt sich nur aus einer veränderten gerichtlichen Praxis. In den letzten sechs Jahren ist nicht nur über den Kronprinzen, sondern auch über den Kaiser in deutschen Zeitungen der verschiedensten Richtungen viel scharfer geschrieben worden, ohne daß es einem Staatsanwalt einfiel, deswegen Anklage zu erheben. Man erinnert sich z. B. noch sehr lebhaft, mit welchen Kraftworten die freikonservative „Post“, die zärtliche Freundin des Sohnes, vor Jahr und Tag den Vater bedachte. Da die Sache längst verjährt ist, kann man es jetzt, ohne in die Denunziantenmanier der „Post“ zu verfallen, offen aussprechen; wenn die „Post“ damals keine Majestätsbeleidigung begangen hat, dann gibt es überhaupt keine Majestätsbeleidigung. Natürlich läßt sich die damals verübte Zurückhaltung der Staatsanwaltschaft sehr gut rechtfertigen, denn schließlich hatte auch die „Post“ in ihrem Schimpfartikel politische Kritik geübt, die Freiheit der politischen Kritik ist aber ein so wertvolles Gut, daß ihre Einengung durch Paragraphen den schwersten Schaden für das Volk bedeutet.

Mit dem Urteil gegen Leuß ist ein Mißfall in jene Periode der Rechtsprechung hollagen, die in der Geschichte als die Ära der Majestätsbeleidigungsprozesse bekannt ist. Nur daß wir jetzt zur Abwechslung in eine Ära der Kronprinzenbeleidigungsprozesse eingetreten sind. Jetzt ist es an Stelle des schweigender gemordeten Kaisers der Kronprinz, der durch seine Eingriffe in die Politik den schärfsten

Widerspruch herausfordert; in Zukunft soll es aber nicht mehr erlaubt sein, diesen Widerspruch in einigermaßen entschiedener Weise laut werden zu lassen. Wenn ein Reuter die Bürger Zaberns in den Pandurenkeller sperrt und der Kronprinz dazu telegraphiert: „Zimmer feste drauf!“ „Bravo!“ so hat der Untertan die größte Schwierigkeit, seine loyalen Bedenken gegen eine solche Handlungsweise in eine erlaubte Form zu kleiden. Und wenn der Kronprinz durch einen klirrenden Lobgesang auf den Krieg die friedlichen Bahnen der Volkspolitik durchkreuzt, wenn er im Ausland den schärfsten Argwohn hervorruft gegen das „kriegslustige Deutschland“, so tut man am besten, wenn man dabei einfach stramm steht und die Sachen zusammen schlägt. Denn handelt man anders, so könnte einem leicht ein Wort entgleiten, das einen für ein halbes Jahr ins Gefängnis bringt.

Es handelt sich also nicht um einen Fall Leuß, sondern um eine Angelegenheit der ganzen Presse, soweit sie für ihre Würde und Bedeutung noch einiges Verständnis hat. Das Urteil, das gegen Leuß auf sechs Monate Gefängnis lautet, ist ein Todesurteil für die Pressefreiheit, ist die Profanierung des Grundgesetzes, daß Kritik an den politischen Handlungen hochgeborener Persönlichkeiten nicht mehr erlaubt sein soll. Wenn dieser neue Kurs einigermaßen konsequent sein will, so bleibt ihm jetzt nur noch übrig, gegen die Immunität der Abgeordneten vorzugehen. Entweder ist es ja noch immer möglich, daß man im Reichstag über die Aktionen jener Herren spricht, ohne dabei ein Blatt vor den Mund zu nehmen, und der Presse ist gestattet, die im Parlament gefallenen Äußerungen, wie immer sie lauten mögen, wiederzugeben. Die Strebelung der Presse ist also nur soweit möglich, als sie ihre eigenen Meinungen ausdrückt, sie ist frei, wenn sie fremde im Parlament ausgesprochene Meinungen wiedergibt. So ist auch der neueste Kurs nicht imstande, die Freiheit der Meinungsäußerungen zu unterdrücken; was gelang werden muß, wird doch gelang werden. Und insbesondere werden es die sozialdemokratischen Abgeordneten als ihre Ehrenpflicht betrachten, von der freien Tribüne des Reichstags aus zu verkünden, was in den Leitartikeln der Zeitungen etwa nicht mehr gesagt werden darf.

Der Jubel der Reaktion über die neuesten Urteile — über das von Berlin wie über jenes in Frankfurt a. M. — ist ein Ausdruck kindlicher Schadenfreude und weiter nichts. Politisch wird dadurch gar nichts erreicht als eine Verschärfung des Widerstandes von unten gegen den Druck von oben. Auch in der Ausschließung der Öffentlichkeit in einem politischen Prozeß — einem eigenartigen und ziemlich seltenen Verfahren — ist ein eigentlicher Zweck nicht zu erkennen. Der beanstandete Artikel ist, wie schon gesagt, von Hunderttausenden gelesen worden, sein Inhalt wurde dadurch tatsächlich zu einem Eigentum der Öffentlichkeit. Durch den Beschluß des Gerichts wurde dem Angeklagten nur die Möglichkeit abgeschnitten, sich wegen einer öffentlichen Handlung auch öffentlich zu verteidigen. Das Vertrauen des Volkes zur preussischen Rechtsprechung kann aber auch nicht dadurch gesteigert, daß man es dem Angeklagten verweigert, sein Recht vor aller Welt zu verteidigen. Das Volk ist nicht gewohnt, hinter verschlossenen Türen die reinste Gerechtigkeit zu suchen.

Kronprinz Wilhelm kann dagegen den ersten politischen Erfolg seines Lebens buchen. Durch die Art seines Hervortretens hat er Wirkungen hervorgerufen, die die preussische Rechtsprechung auf eine frühere, scheinbar einigermaßen überwindene Stufe zurückbringen. Mit der Ära der Kronprinzenbeleidigungsprozesse kündigt sich eine künftige Herrschaft verheißungsvoll an!

Deutsche Politik.

Die preussische Regierung und die rote Woche.

Aus Berlin schreibt man uns: Soeben erhalten wir die vertrauliche Mitteilung, daß die preussische Regierung Anweisung gegeben hat, unsere Arbeit in der roten Woche so viel als möglich zu erschweren. Die Regierungspräsidenten haben dieser Anordnung der preussischen Regierung dadurch Folge gegeben, daß sie an die Landratsämter —

natürlich auch durch geheimen Erlaß — die Anweisung gab, die Gendarmen und Polizeibehörden sofort zu beauftragen, in der roten Woche alle Plakate der Sozialdemokratie, die in den Wirtschaften ausgehängt werden sollten, sofort zu konfiszieren und über die Angelegenheiten ein Strafmandat zu verhängen. Das Vorgehen gegen die rote Woche-Plakate soll geründet werden auf § 9 des alten preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851.

Während die preussische Regierung offiziell gegen die rote Woche vorgeht, bietet man in Sachen den reaktionären Landsturm gegen unsere Arbeitswoche auf. Die Chemnitz hatten die deutsch-nationalen Arbeitervereine die Absicht, eine Demonstration gegen die rote Woche zu veranstalten. Zu diesem Zwecke beriefen sie eine öffentliche Versammlung ein, in der ein gewisser Voigtländer über die Sozialdemokratie und ihre Ziele reden wollte. Schon eine Stunde vor Beginn hatten die Chemnitzer Arbeiter den Saal besetzt. Das Häuflein Gelber in der Mitte des Saales nahm sich recht trotzig aus. Vor dem Rede des Sozialistenberichters Voigtländer verhielt man sich der unbeschränkten Redefreiheit, die auch bis zum Umfange einer Stunde gewährt werden mußte. Dann stieg der Deutschnational auf die Tribüne und erzählte allerlei Geschichten über die Sozialdemokratie, die ihm den Erfolg einbrachten, daß er von der Versammlung kräftig ausgelacht wurde. In der Diskussion ließ der sozialdemokratische Redner den Voigtländer förmlich Speierhuten laufen. Die Versammlung wurde dann vom Gen. Müller mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die rote Woche geschlossen. Den Unternehmerföhlungen wurde so nach gepart, sich um die Leitung der Versammlung weiter zu bemühen.

Aus Bayern.

Nach einer Meldung aus Straßburg soll die Verletzung der gesamten Gendarmerie auf Ansuchen der Zivilbehörde erfolgt sein, weil durch die Aussagen der Gendarmen in den Zaberner Prozessen ein erprießliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich sei.

Weiter wird gemeldet, auch die Strafanträge der Behörden gegen die Hersteller und Verbreiter von Gramophonplatten mit beleidigenden Darstellungen der Vorgänge in Zabern seien zurückgenommen worden. — Die freikonservative „Post“ ist mit dieser Zurücknahme nicht einverstanden. Sie schreibt:

Auch diese Maßnahme ist, ebensowenig wie die Zurücknahme der Strafanträge, gegen die „Straßburger Neue Zeitung“ und der „Häcker“ seitens des General-Landmandats auf den ersten Blick nicht ohne weiteres verständlich, doch wollen wir uns eines Urteils vorläufig noch enthalten.

Vor dem Kriegsgericht in Wittich wurde Leutnant von Forstner wegen Soldatenmißhandlung zu 14 Tagen Zuchthaus, der Sergeant Götsch zu 18 Tagen Zuchthaus verurteilt. Einige Soldaten, die über die Soldatenmißhandlungen gesprochen hatten, erhielten fünf, vier und zwei Wochen strengen Arrest!

Die Duellfrage.

Der Sitzung der Duellkommission lag am Donnerstag ein Antrag des Zentrums vor, hinter § 208 des Strafgesetzbuchs als § 208a folgende Bestimmung einzuschalten:

„In Falle der Herausforderung, der Annahme der Herausforderung oder des Zweikampfs die Tat freisprechend zu sein, wenn die Herausforderung auf Veranlassung eines förmlichen Beschlusses der Duellkommission erfolgt ist.“

Stellt das freibehaltene Verbot eine eheliche Handlungsweise da, so ist auf Gefängnis nicht unter drei Monaten und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.“

Abg. Gröber (Zentr.) weist auf die bevorstehende Revision des Strafgesetzbuchs hin; bei dieser Gelegenheit möge man die Duellfrage insgesamt regeln und sich jetzt mit der Behandlung derjenigen Fälle begnügen, die wegen ihrer Schwere das Volksempfinden besonders aufregen. Die Fassung des Antrages habe die Folge, daß in solchen Fällen, wo auf Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werde, ein Beamter und Offizier auch seiner Stellung verlustig gehe. — Abg. Stadthagen (Soz.) erblickt in dem Zentrumsantrag einen Fortschritt.

So wollte ich, du hättest statt meiner das Pferd des Barons geritten, hättest durch alle Dörfer fliegen und durch die brausenden Wellen schwimmen müssen, um die Bekanntheit des Ehrenmannes zu machen. Dann würdest du anders sprechen.“

Tantchen Rosmarin fand in dem seltsamen Wunsch des Bruders ebensoviel Indecentes, als Beleidigungen. Sie hielt ihm eine Rede, drei Stunden lang, deren Refrain beständig war: „Ich verbitte mir jedes fernere Wort von dir über den Baron. Ich werde künftig allein handeln, Grundsätze gemäß.“

Verhörung.

Wirklich mußte Tantchen nun allein handeln, denn Suschen und der Herr Pfarrer machten Partie miteinander und Herr Verwalter Sählein, da er die Spaltung im Staatsrat wahrnahm, suchte sich zu neutralisieren, um Keinen zu beleidigen.

Tantchen sprach von Stund an wieder mit ihrem Bruder noch mit ihrer Nichte weiter ein Wort über den Baron und den Prozeß. Wollte Suschen davon anfangen, ritzte Tantchen die Stirn und entfernte sich. Desto kräftiger ward die Sache mit Herrn Advokat Kurzbein verhandelt. Tantchen sparte kein Geld. Ist einmal die Scheidung vollzogen, so ist allem ein Ende und der Baron vergessen!“ dachte sie.

Nach vierzehn Tagen kam für sie ein trostvolles Schreiben von Herrn Kurzbein. „Unsere Sache ist nahe am Ziel“, schrieb er, „der Sieg ist unser.“ Künftige Woche wird vom Tribunal die Scheidung ausgesprochen.“ — Tantchen triumphierte; doch verbarb sie schon ihren Sieg vor Bruder und Nichte.

(Fortsetzung folgt.)

Werfet gelezene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.

Humoreske von Heinrich Hscholle.

(Fortsetzung.)

Kopfschütteln.

Erst spät des andern Tages kehrte der Herr Pfarrer, oem man einen Teil der Garderobe aus seinem Pfarrhause hatte herbeiholen müssen, nach Niederrhein zurück. An der Grenze der Rosmarinschen Güter verließ er den Wagen des Barons und ging den übrigen Weg zu Fuß. Auf einem Spaziergange begegnete ihm Suschen, den kleinen Pommesus an der Hand.

„Wo sind sie gewesen, lieber Onkel?“

„Beim Herrn Baron. Er läßt dich herzlich grüßen durch mich.“

Suschen war feuerrot und stammelte: „Der Baron von Malzen?“

„Nun freilich. Das ist ein Ehrenmann. Ich verdanke dir's nicht, wenn du ihn so lieb hast, wie ihm deine Briefchen sagen.“

„Meine Briefchen, Onkel?“

„Die du ihm schreibst — die er aus dem hohlen Baum genommen.“

„Ich ihm geschrieben? Was denken Sie auch!“

„Daß du eine kleine, hinterlistige Sünderin bist, die ich gern verstellen möchte.“

Suschen konnte nicht widersprechen. Sie sah sich verurteilt. Sie ergriff ängstlich des Pfarrers Hand und bat mit rührender Stimme: „Himmelscher Onkel, verraten Sie mich um Gottes willen der Tante nicht. Ich will Ihnen ja alles gestehen.“

„Gut. Aber du mußt mich der Tante ebensowenig verraten. Denn sieh', es ist mir gar sonderbar ergangen. Ich bin mit dem Baron vollkommen ausgeföhnt. Ich bringe dir hier einen Brief von ihm. Lies ihn, aber verrate der Tante nichts.“

Suschen schüttelte verwundert den Kopf, nahm und las den Brief, und wäre dem Pfarrer gern um den Hals gefallen, wenn nicht zu viel Arbeiter auf dem Felde Jagen abgegeben haben würden. Sie ging, oder vielmehr schwebte an der Seite ihres Oheims zum Hause zurück. Nun hatte sie einen Vertrauten ihrer Empfindungen gefunden, der ihre Liebe billigte. Sie übergab das Kind einer Kammerjungfer, verschloß sich in ihrem Zimmer, kniete nieder, hob die Hände gefaltet zum Himmel und betete dankbar.

Unterdessen hatte Tantchen Rosmarin von ihrem Bruder die Geschichte seines Abenteuers vernommen. — Als er sagte, wie er das Pferd gefunden, glänzten ihre Augen voller Freude über die Entdeckung. Daß er sich aufgelegt begleitete sie mit der Bemerkung: „Du kannst ja nicht reiten. Was heimes Amtes nicht ist, davon laße deinen Vormi.“ Als er aber den Luftsprung über das Gatter, und die Durchschwimmung des Flusses erzählte, sprang sie auf, sah ängstlich beide Hände ihres Bruders und rief: „Um des Himmels willen, welchen Gefahren hast du dich preisgegeben!“ Sie ward auch nicht ruhig, bis er an der Krippe Halt gemacht hatte. Wie nun aber der Baron erschien, verlängerte sich ihr Gesicht. Je feuriger der Pfarrer die Lobrede desselben machte, je eiskalter ward Tantchen.

Als er nun gar hinzusetzte: „Suschen scheint dem Baron nicht abgeneigt zu sein; ich möchte wir ständen von dem Prozeß ab, und ließen dem Dinge seinen Gang.“ schüttelte Tantchen den Kopf, indem sie ihren Bruder vom Wirbel bis zu den Sohlen mit großen Augen musterte.

„Söhre, Herr Pfarrer!“ sagte sie, „ich fürchte, dein Ritt und die Angst haben dir Schaden getan. Wenn dich der Baron nicht in die stockfinstere Nacht hinausstieß, sondern beherrschte, so tat er nur, was auch Heiden und Barbaren tun würden. Für seinen Braten und Burgunder gebe ich ihm Suschen noch nicht. Du bist wohl ein schwacher Mann, deine Grundsätze und alle Schande und alle Not, die der Baron unserm Hause getan, für ein einziges, armjeliges Nachtessen aufzuopfern.“

Da ward der Pfarrer voll Unwillens, und sprach: „Ei, Tantchen, ist aus dir denn alle christliche Liebe gewichen?“

anderwärts... des Duell... gründlich... hinter... einzu... ausf... zum... ausf... fängis... gegen... mittels... Gleic... hebung... aus dem... Rebe... Ehren... lösen... einer... Mit d... Ich auch... liberalen... Obligatori... der Ehren... Ben dem... und Abi... Volkspart... trag soll... Beschluß... brocht we... mit Schlä... Berkehr... troffen für... Zur Re... Am 17... stadt. Die... Der deut... gutsch... sammlung... Kandidat... nicht offiz... liche, die... Geißlicher... geitet für... Veramml... für u... Sch... dherst... 3482 Qua... Orien... Solale... dußen, ... auf die... blatt ist... Verfügung... freie ver... Willkür... verlegt, h... Die p... ter Bogna... der. Die... haupten: ... daß die... Reute „of... jaldemof... men fönn... Steuern, ... Wo beß... sind dami... Man i... Rollen od... Sozialdem... machen. De... Der er... bei der... hatte, gib... als bish... liberal... liberaler... national... radikal... halten... den Nicht... National... Schluß... durch die... für die... wären. Di... Die da... Maß ge... vor dem... tratie... jenders... kardent... finden v... Will... wieder fo... Schweiz... Ein A... anstellte... jeder Wo... ind die G... vollstän... Berwalt... Birkred... u. e.). U... grake Pol... Zeinabm...

Badische Politik.

Das Flugblatt zur roten Woche.

Das der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei herausgegeben hat, wurde am vergangenen Sonntag bereits in einigen badischen Wahlkreisen verbreitet. Sein Inhalt richtet sich in der Hauptsache gegen die volksverderbliche Politik des Zentrums, gegen die Verjagung der Gleichberechtigung der Sozialdemokratie durch die badische Regierung und gegen die Aufschneidereien der christlichen Gewerkschaften. Die Zentrumspresse quittiert das Erscheinen des Flugblattes mit den üblichen Beschimpfungen, ein Beweis, daß es sachlich gegen seinen Inhalt nicht viel einzuwenden kann. Im Flugblatt war u. a. gesagt, daß die christlichen Gewerkschaften wenig Bedeutung für die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hätten, „denn in Bayern waren am Anfang des Jahres 1912 in den Gewerkschaften über eine Viertelmillion Arbeiter organisiert. Es kamen auf freie Gewerkschaften 238 969, auf die christlichen Gewerkschaften 15 206, auf die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften 1645, auf die sonstigen Verbände 1225 Mitglieder. Also auch in Bayern vermochten sich die christlichen Gewerkschaften nicht in nennenswertem Maße durchzusetzen.“ Dazu bemerkt nun eine Notiz, die in den letzten Tagen durch die Zentrumspresse lief:

„In Wirklichkeit haben die christlichen Gewerkschaften in Bayern rechts des Rheins 51 000 und in der Rheinpfalz über 8000, also rund 59 000 Mitglieder. Die Genossen geben also rund 44 000 zu wenig an. Wahrscheinlich haben sie diese 44 000 zu ihrer Mitgliederzahl hinzugezählt, um selber mit großen Zahlen prunken zu können.“

Des Rätsels Lösung ist eine ganz einfache: das vom Verfasser benutzte Material wies, wie uns der Autor mitteilt, einen Druckfehler infolge auf, als es die Zahl 15 206 als Mitgliederziffer der christlichen Gewerkschaften in Bayern angab, statt 51 000, es waren also vom Sekretariat der Ziffer 5 und 1 umgestellt worden, was hier gerne richtig gestellt sei; damit entfallen natürlich auch die speziellen Schlüsse, die sich an diese falsche Ziffer knüpfen. Sachlich aber bleibt alles übrige zu recht bestehen.

Die Partei für Freiheit und Recht gegen die Versammlungsfreiheit.

Die Genossin Luzemburg will in den nächsten Tagen in Baden einige Versammlungen abhalten. Der „Freiburger Bot“ fordert nun die Regierung auf, die Versammlungen der Gen. Luzemburg zu verbieten:

„Einer Rednerin, welche gegen den Staat aufreizt, gibt man die Erlaubnis, in einer Versammlung zu sprechen, während man einen Jesuitenpater, welcher religiöse Vorträge halten will, diese Erlaubnis verweigert. Gleiches Recht für alle! Solange die Jesuiten nicht zugelassen werden, sollte auch eine sozialdemokratische Agitatorin in Versammlungen nicht sprechen dürfen.“

Diesen zentrumschristliche Hege macht sich besonders gut angedacht der Tatsache, daß die Sozialdemokraten die energigsten Gegner des Jesuitengesetzes sind, auf Grund dessen jeinerzeit die Vorträge des Jesuitenpaters Cobauz verboten wurden. Freilich, dem Zentrum liegt ja gar nichts an der Aufhebung des Jesuitengesetzes, es würde ihm damit ja ein sehr bequemes Agitationsmittel genommen werden.

Parlamentarischer Abend.

Beim Präsidenten des Staatsministeriums von Dufschand am Donnerstagabend in den Räumen des Staatsministerialgebäudes ein parlamentarischer Abend statt, zu dem die Minister, zahlreiche hohe Beamten, ferner die Mitglieder der Ersten Kammer und jene der Zweiten Kammer ohne Unterschied der Fraktion, sowie zahlreiche Pressevertreter erschienen waren; der Abend nahm einen sehr angeregten Verlauf.

Zum Umfall der Nationalliberalen in der Gefändschaftsfrage.

Bringt die linksliberale „Straßb. Post“ eine bemerkenswerte Zuschrift aus nationalliberalen Kreisen Badens, der wir folgendes entnehmen:

„Es hat gewiß etwas für sich, wenn Rebmann erklärte: Wenn München wieder ein Brennpunkt deutscher Politik wird, so wollen wir auch dabei sein. Aber man kann dem doch entgegenhalten, ob nicht dieses bayerische Selbstgefühl eine bedenkliche Unterbrechung erfährt, wenn es von Baden wie ein fremder selbständiger Staat behandelt wird, wozu um so weniger eine Notigung vorläge, als ja Bayern in Baden keinen Gesandten hält. Hier liegt überhaupt der schwache Punkt in der Begründung des Abg. Rebmann. Er will dem Partikularismus zu Leib rücken, während er ihn in Wirklichkeit stärkt. Hierbei gehört auch der Teil der Begründung, der davon spricht, daß gegenüber der Tendenz der Reichsfinanzverwaltung, in das Gebiet der bundesstaatlichen Finanzen einzubringen, ein Zusammenhalt der einzelnen Bundesstaaten mehr denn je geboten sei. Das ist nichts anderes als finanzpolitischer Partikularismus, zu dessen wirksamem Kämpfer sich übrigens die Konferenzen der einzelstaatlichen Finanzminister sicherlich mehr eignen als die Einzelture eines badischen Gesandten in München. Es war ein guter Griff, daß der Abg. Rebmann die Seite des Partikularismus anging. Nur hätte das unseres Erachtens zu der entgegengekehrten Folgerung führen sollen.“

Es hätte der nationalliberalen Partei ganz gewiß nichts verschlagen, wenn sie die Ablehnung des Münchener Gefändschaftsprojekts von vornherein mit dem nationalen Argument begründet hätte, es widerspräche dem Charakter und Grundgedanken des Reichs, daß die einzelnen Bundesstaaten gegenseitig Gefändtschaften unterhielten, und die Wiederbelebung solcher Verhältnisse sei im Grunde eine Begünstigung partikularistischer Intentionen, die der nationalliberalen Partei durch Geschichte und Tradition verboten sei. Das wäre ein Standpunkt gewesen, der sich gegen jedermann hätte vertreten lassen und den sie auch unter veränderten Verhältnissen hätte beibehalten können. Es wäre jedenfalls besser gewesen, als bald gegen, bald für die Gefändtschaft zu sein und den Wechsel teils mit unitaristischen, teils mit partikularistischen Motiven zu begründen. Aus diesen Erwägungen heraus hat auch die Deutsche Partei in Würtemberg sich gegen eine Münchener Gefändtschaft ausgesprochen, während die dort noch stark mit antipreußischen Reminiszenzen behaftete Volkspartei zu den eifrigsten Befürwortern derselben gehört. Das würtembergische Beispiel hätte für Baden vorbildlich werden können, und hätte zugleich eine moralische Deduktion gegenüber kritischen Stimmen der eigenen Partei gebildet.

lieh sich auch schwer erfüllen. Die borgekommenen Klagen sind nur vorübergehend; sollten sie dauernd sein, dann müßte doch durch die Vermehrung der Richter Abhilfe geschaffen werden. Den Klagen über den häufigen Wechsel am Mannheimer Amtsgericht können wir uns anschließen. Infolge der teureren Lebensverhältnisse und der Lage von Mannheim, suchen die Richter wegzukommen. Bezüglich der Klagen Süßhofs sollten Einzelfälle namhaft gemacht werden. Für Erberg werden im nächsten Budget Mittel verlangt.

Oberstaatsanwalt Duffner: Der vom Abg. Köhler beregte Fall ist noch nicht abgeschlossen. Es ist zu prüfen, ob wir nicht in irgend einer Form den Eltern beistehen könnten. In höchstem Maße wäre ein Uebereinkommen mit der Schweiz wegen des Sacharinschmuggels erwünscht.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): geht nochmals auf den vom Abg. Köhler beregten Fall ein. Man hätte den jungen Mann anders behandeln sollen.

Berichterstatter Dr. Kopf (Zentr.): Die Klagen Mannheims kommen daher, daß in Mannheim nur an zwei Tagen Sitzungen am Amtsgericht stattfinden. Die Vernehmungen müßten dann eben verlegt werden.

Abg. Dr. Koch (Nat.): Die Ausführungen des Berichterstatters entsprechen nicht den Verhältnissen in Mannheim.

Abg. Dr. Gerber (Nat.) macht verschiedene Bemerkungen über das Grundbuchwesen. Der Standpunkt, daß das Grundbuch an die Amtsgerichte kommen soll, ist bedenklich. Wir wollen die bisherige Organisation des Notariats aufrecht erhalten wissen. (Präsident Mohrburt: Es sind hier ja gar keine Änderungen beabsichtigt.) Was die Stempelsteuer betrifft, so bitte ich den Abg. Bauschbach, sich bei seinen Freunden im Reichstag zu erkundigen, wer diese Steuer brachte.

Abg. Belser (Zentr.): Wir wünschen nicht die Zentralisation der Grundbuchämter.

Abg. Witemann (Zentr.): Es liegt keine Notwendigkeit vor, den Gemeinden das Grundbuch zu nehmen.

Abg. v. Meidenstein (Zentr.) macht einen Wunsch für die Grundbuchhilfsbeamten geltend.

Abg. Ködel (Zentr.) spricht zu den höchsten der Notare. Ministerialdirektor Süßh: Die Grundbuchhilfsbeamten hat die Gemeinde zu zahlen. Die Gemeinde Malsch hat in dieser Hinsicht Schwierigkeiten gemacht, wie noch keine andere Gemeinde des Landes.

Abg. Belser (Zentr.): Die Sache mit der Gemeinde Malsch liegt anders.

Abg. Siebler (Nat.) bittet um die Einrichtung von elektrischem Licht in Sinsheim.

Dem Regierungskommissar wird mitgeteilt, daß diese Einrichtung beschlossen ist.

Abg. Ködel (Zentr.) bittet bei der Ausbildung der Aktuar die Situationspläne zu berücksichtigen.

Abg. Muser (F. Rp.) bittet, den Neubau des Amtsgerichts in Offenburg zu beschleunigen.

Abg. Krauth (Nat.): Die Einstellung von Mitteln für das Amtsgericht in Eberbach sind erfreulich.

Abg. Götting (Nat.): Die Erweiterung des Justizgebäudes in Freiburg entsprach notwendigen Anforderungen. Man sollte hierbei die einheimischen Handwerker vorzugsweise berücksichtigen.

Abg. Mast (Zentr.) unterstützt diese Forderung.

Abg. Dr. Götner (F. Rp.): Verschiedene Zimmer beim Karlsruher Amtsgericht dürften mehr den heutigen Anforderungen angepaßt sein.

Abg. Kopf (Zentr.): Man kann sich fragen, ob der Anlauf des Hauses in Karlsruhe nötig ist, wenn das Landgericht in Pforzheim errichtet wird.

Ministerialdirektor Süßh: Es sind beim hiesigen Amtsgericht nicht genügend Räume vorhanden, so daß bei Errichtung eines Landgerichtes in Pforzheim die frei werdenden Räume sofort besetzt werden. Ich möchte daher den Anlauf befürworten.

Abg. Dr. Götner (F. Rp.): Ich kann die unzulässigen Zustände am hiesigen Landgericht bestätigen, so daß wir den Raum brauchen.

Abg. Dr. Koch (Nat.): Es sind keine erheblichen Beschwerden über das Gefängniswesen verlaubar geworden. Der Redner macht einige Wünsche zum Kapitel Strafanstalten geltend. In Preußen wird versucht, Altmaterialien in den Gefängnissen zu verarbeiten, womit gute Erfahrungen gemacht wurden. Vielleicht findet dies auch bei uns Beachtung.

Abg. Wiedemann (Zentr.): Der § 55 der Gefängnisordnung sollte präzisierter gefaßt werden. In den Strafanstalten werden von einzelnen Gefangenen geradezu künstlerische Gewerbezeugnisse angefertigt. Das Gehen in Uniform ist für die Beamten kein Schutz. Die Ausführung von landwirtschaftlichen Arbeiten durch die Gefangenen wäre zu begrüßen.

Abg. Niederbühl (Nat.): Es sollte verboten sein, Niederlagen zum Verkauf von Gefängnisarbeiten zu errichten. Der Redner bringt verschiedene Beschwerden über die gewerbliche Tätigkeit in den Gefängnissen vor.

Abg. Wechtold (Zog.):

Ich möchte darauf hinweisen, daß sich einige selbständige Korbmacher beklagen, weil die Gefängnisse billiger liefern. Baggohweise werden Spezialarbeiten wie Flechtkörbe und Strohkörbe an Händler und Fabrikanten geliefert. Es kommen hier ganz minderwertige Leute in Betracht, die hierdurch in ihrer Existenz gefährdet werden. In Hessen wurde z. B. die Korbflechterei in den Gefängnissen beseitigt. Im Interesse der Heinen Leute sollte nach dieser Richtung hin Besserung erwirkt werden.

Abg. Dr. Blum (Nat.) befürwortet besondere Jugendgefängnisse auf dem Lande.

Ministerialdirektor Süßh: Wenn die Beamten in den Gefängnissen ihre Pflichten erfüllen wollen, so müssen sie neben einem großen Eifer einen offenen Blick für die Notwendigkeiten haben. Die Schwabinger der Gefängnisarbeiten lassen sich nicht ganz vermeiden. Die Frage der Gefängnisarbeit ist bei uns im allgemeinen befriedigend. Es wird darauf gesehen, daß Anpreisungen vermieden werden. Die Beschäftigung mit der Korbflechterei ist eine gesunde. Wir können aus verschiedenen Gründen nicht ganz auf die Korbflechterei verzichten. Wenn man nicht das Personal in den Gefängnissen stark vermehren will, so können wir ihren Wünschen auf Arbeitszeit nicht weiter entgegenkommen.

Das Budget der Justizverwaltung und der Strafanstalten wird genehmigt.

Eingegangen ist eine Interpellation Dr. Blum (Nat.) u. Gen., wie weit die Vorarbeiten für die Schiffarmachung des Oberrheins gediehen sind, betr., ferner ein Antrag Seubert (Zentr.) u. Gen., etatsmäßige Stellen des Zuppersonsals betr.

Nächste Sitzung: Montag nachmittag 4 Uhr. Tagesordnung: Gefängnisreform über die Rechtspolizei; Antrag betr. Rechtsanwaltsordnung; Budget der Verfassungsanstalten (staatl. Strafverwaltungen sowie die entsprechende Denkschrift); Antrag betr. gemeinnützige Baugenossenschaften; Antrag betr. Landesbauordnung; Antrag betr. Fischerei; Antrag betr. Besteuerung von Filialen.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Man sieht hieraus, daß die Wendepolitik der Nationalliberalen selbst im eigenen Lager Mißstimmung auslöst. Die Wichtigkeit der Nationalliberalen mit ihren „neuen Gründen“ nimmt sich wirklich sehr komisch aus, nachdem alle Welt herausfühle, daß die Nationalliberalen nach Gründen für ihren Umfall suchten.

Noch eine Landtagsnachwahl?

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt: „Der neugewählte Konstanzer Oberbürgermeister Dietrich hat sich verpflichtet, sein Landtagsmandat niederzulegen. Dadurch verliert die nationalliberale Landtagsfraktion ihren besten Redner, in dem viele den künftigen Parteichef erblickten. Und der Bezirk kehrt sich vor eine Neuwahl gestellt, die schon jetzt in politischen Kreisen lebhaft besprochen wird. Daß der Bezirk, der von jeher eine nationalliberale Domäne gewesen ist, im Besitz der Partei verbleiben wird, steht außer Zweifel. Die Frage ist nur, wer Dietrichs Mandat bekommen soll. Die Jungliberalen wollen, wie wir von bestunterrichteter Seite hören, einen der ihrigen im Gauverland unterbringen und zwar den Reichstagsabgeordneten a. D. W. Ob dieser ausgesprochene Vertreter des residierenden Stammes nationalliberalismus der altgenessenen Bauernschaft imponiert, erhebt sich sehr fraglich. Man munkelt auch bereits von einer Gegenfraktion der Liberalen, die in Oßingen für den Landtag wieder eine bewährte Kraft gewinnen möchten. Auch davon ist die Rede, daß die Kehler ihre Präparanden durch eine einheimische Kandidatur erhalten möchten. Man darf auf die weitere Entwicklung dieses Kulissenstücks gespannt sein.“

Dazu bemerkt der „Bad. Beobachter“ sehr richtig: „Der Amtsantritt des neuen Oberbürgermeisters erfolgt am 1. April. Daß er als Oberbürgermeister einer Stadt, in deren Verwaltung er als Neuling eintritt, nicht auch das Abgeordnetenmandat praktisch ausüben kann und ganz besonders im Anfang von dem Studium des ihn erwartenden Aufgabekreises in Anspruch genommen wird, liegt auf der Hand. Man wird daher erwarten können, daß die Übertragung des Mandats schon bald erfolgt.“

Die verborgene Siegesfeier.

Aus Freiburg schreibt man uns: Hier in Freiburg, wo der gewaltige Strömung des Zentrums im Vorort Jähringen finstere Pläne zur Vernichtung des Grobblades schmiedet, hat man im schwarzen Lager gewisse Uebung darin erlangt, jeden Wahlerfolg des Zentrums in dramatische Formen umzumünzen und zur Veranschaulichung der katholischen Volksseele zu verwerten. Das notwendige Material für Siegesfeiern liefern vorzugsweise die katholischen Jünglings- und Gesellenvereine. Wer einmal einer solchen „Siegesfeier“ beizuwohnen, glaubt sich in einen Hergentempel versetzt. Weit, weit über das hinaus, was man christliche Begeisterung nennt, wird bei jedem Besuche, welches für das Zentrum günstig scheint, ein Schwall angetrieben, das an alles mögliche, nur nicht an das Gebahren halbwegs vernünftiger Menschen erinnert.

Zur „Siegesfeier“ der Offenburger Landtagswahl waren nun ebenfalls die notwendigen Vorbereitungen getroffen worden. Denn daß das Zentrum feigen würde, das war so bombastischer, wie der große Wochenmarkt auf dem Münsterplatz am Tage der Erntewahl. Die Zentrumspresse, speziell die „Freiburger Tagespost“, hatte es oft und laut genug angekündigt, mit welchem Hochmut die Offenburger Wähler dem Grobblod durch die glänzende Wiederwahl Hausers heimleuchten würden. Eng aneinandergepreßt erwarteten im katholischen Vereinshaus und in einer Brauerei beim Unterlindenplatz die schwarzen Heerscharen auf die Siegesnachricht auf Offenburg, um im gegebenen Moment die Hände und die Stimmbänder in jene Bewegung zu werfen, die ein weniger solides gebautes Haus zum Einsturz bringen könnte. In beiden Rollen nahm die Siegesfeier, aber auch der Bierverbrauch unheimliche Dimensionen an. Da — mit einmal — leider war kein Photograph zur Stelle — waren die Gefährten in beiden Heerlagern so lang, wie es der ungefähren Entfernung vom Honoratiorenstübchen bei Heiler bis zum Hauptbusfett gleichkommt. Diese Veränderung hatte die Nachricht von der Wahl Musers bewirkt. Dem Siegestaumel folgte eine rasche Ermüdung. Still und gedrückt lächelten die Jünglinge und Mannen heimwärts und stellten lautlose, aber desto ingrimigere Betrachtungen über die Prophetengabe der Zentrumspresse an. Die „Freiburger Tagespost“ vergaß an jenem Abend die Stadt mit Erntebildern zu überschäumen, wie sie es am Tage der Offenburger Reichstagswahl getan hatte und dem schon geschriebenen Siegesartikel wurde ein Platz zu unterst im Ofen angewiesen.

b. Aus Diersburg wird uns geschrieben: Die seitens des Zentrums gegen den hiesigen Gaupfleher G. und U., welcher sich mit dem besten Willen nicht dazu entschließen kann, Zentrumsagitor zu werden, in Szene gesetzte Hege findet ihren Abschluß noch nicht. Bis jetzt haben aber die fanatischen Zentrumsheer nicht ausrichten können. Sie erzielten moralische Niederlagen nacheinander. Nun soll, wie das Gerüde geht, eine Deputation, bestehend aus acht Zentrumsgrößen, zum Kreisfiskus entandt worden sein, die den Auftrag hatte, Herrn Grubel nach allen Regeln der Kunst zu denungieren, damit die Behörde einer seitens des Zentrums längst gewünschten Vertretung näher trete. Die aber zu erwarten war, wurde die scharfe Deputation mit einer kläglichen Zurückweisung ihres Hergewunsches nach Hause geschickt. — Dieser Fall zeigt erneut, daß dem Zentrum kein Mittel zu schlecht ist, wenn es gilt, dem politischen Gegner ein anzugängen. Herbergehoben sei, daß Hauptlehrer Grubel die überwältigende Mehrheit der Gemeinde auf seiner Seite hat, ebenso den Gesamtgemeinderat in seiner Eigenschaft als Ortsschulbehörde, der im jüngsten Wahlkampf gegen die Zentrumsangriffe einmütig für Herrn Hauptlehrer Grubel in aller Oeffentlichkeit eingetreten ist und ihn als einen tüchtigen Schulmann bezeichnete. Nur ihm ist es zu verdanken, daß die hier bestehenden traurigen Schulverhältnisse gehoben wurden. Dies alles ist aber für das Zentrum nicht maßgebend.

Nun bringt der Offenburger Hofkriegs sollends die Volksseele außer Rand und Band. Der hiesige Hofkriegs, ein Zentrumsgegner, wurde am letzten Samstag nach von zwei Ankeranten, als er auf dem Heimweg begriffen war, angefallen und mißhandelt, ohne daß die Täter eine Bemerkung von sich gaben. Es ist zweifellos, daß die Leiter der Zentrumsangriffe sind. Dieselben Zentrumsleute sind es auch gewesen, die bei der letzten Wahl unsere Versammlung geprengt haben.

* Aus Konstanz wird gemeldet: Gegen die Entsendung des Bezirksoffiziers in der Angelegenheit der Erbauung einer Leichenhalle mit Krematorium hat die Zentrumspartei Rekurs beim Ministerium des Innern erhoben.

Die rote Woche beginnt!

Eine wichtige, eindrucksvolle Einleitung muß die am morgigen Sonntag, vormittags punkt 1/2 11 Uhr in der städt. Festhalle in Karlsruhe stattfindende öffentliche Volks-Versammlung bilden. Frau Dr. Rosa Luxemburg spricht über

„Militarismus und Volksfreiheit“.

Auf in die Festhalle! So muß es Sonntag früh für alle freiheitlich Gesinnten heißen. Genossen und Genossinnen, sorgt für Massendefuch!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. März.

Am Bundesratstisch ist Staatssekretär Kräfte erschienen. Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet um 1 Uhr die Sitzung. Unter den auf der Tagesordnung stehenden Anträgen befindet sich auch eine solche des

Abg. Lévesque (Lothring): Kann der Reichsanwalt Auskunft darüber geben, ob die Verhandlungen zwischen der Reichs- und Landesverwaltung und der Landesregierung von Eisenbahnen im Reichsgebiet sind, daß der Bau einer Eisenbahn von Elberfeld über Barmen nach Saarburg halbtunlich in Angriff genommen werde.

Darauf erklärte der Dirigent im Reichsministerium Dr. Leske: Der Bau einer Eisenbahn zur Herstellung einer kürzeren Verbindung zwischen Elberfeld und Saarburg wird als eine erwünschte Ergänzung des Reichs-Eisenbahnnetzes anerkannt und ist von der Reichs-Eisenbahnverwaltung in Aussicht genommen.

In den letzten Jahren ist aber nun neben dem im Bau begriffenen Linien eine Reihe dringlicher Bauten bereits eingeleitet oder in bestimmter Aussicht genommen. Die Kosten dieser Bauarbeiten bedingen einen Aufwand von weit über 200 Millionen Mark und nehmen die Finanzen des Reichs wie die Kräfte der Reichs-Eisenbahnverwaltung noch auf Jahre hinaus in Anspruch. Unter diesen Umständen konnten Verhandlungen über die in Rede stehenden Linien zwischen den beteiligten Reichs- und Landesbehörden überhaupt noch nicht eingeleitet werden. Sie müssen vielmehr zurückgestellt werden, bis die vorhandenen Bauarbeiten soweit gefördert sind, daß neue in Angriff genommen werden können.

Auf die Anfrage der Abg. Becker u. Gen. betr. die Verbindung von sphyllitischen Personen mit Salvarian erwidert

Ministerialdirektor v. Jonaquères: Todesfälle oder gesundheitliche Schädigungen bei der Behandlung mit Salvarian unterliegen nicht der Anzeigepflicht. Infolgedessen fehlen der Reichsregierung amtliche Mitteilungen darüber. Die mitgeteilten Schädigungen werden von ärztlichen Stimmern u. a. auf Fehler in der Anwendung des Salvarians oder auf die Besonderheiten des Verlaufs der Erkrankung zurückgeführt. So sehr bedauerlich die vorgebrachten Fälle sind, so ist doch zu bedenken, daß das Salvarian bereits bei einer großen Zahl von Kranken ohne Schaden angewendet worden ist. Nach den bestehenden Bestimmungen unterliegt das Heilmittel dem Apotheken- und Rezepturzwang. Die Reichsregierung wird dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuwenden und geeignete Maßnahmen treffen, um prüfen zu können, ob weitere Schutzmaßnahmen notwendig sein werden.

Auf die Frage des Abg. Baumann (Zentr.) betr. Einfuhr von ausländischen Weinen, deren Zusammenfassung nicht den Anforderungen des Weingesetzes entspricht, erwidert

Ministerialdirektor v. Jonaquères: Die Weine unterliegen der behördlichen Begutachtung und werden, wenn sie den gesetzlichen Anforderungen nicht genügen, von der Einfuhr zurückgewiesen. Für den Verkehr ist eine letztinstanzliche Entscheidung bevorstehend, da ein Fall aus Frankfurt a. M. demnach vom Reichsgericht entschieden werden soll.

Auf die Frage des Abg. Quast-Franfurt a. M. (Soz.) betr. eine einheitliche strafrechtliche Regelung der Dienstverbrechen für Angehörige der Strafbahnen erwidert

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Reichsregierung kann in dieser Angelegenheit nichts tun, da sie der Kompetenz der einzelnen Landesregierungen unterliegt. Sodann wird die Spezialberatung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung

fortgesetzt. Abg. Erzberger (Zentr.): Der Automobilverkehr sollte in größerem Umfang als bisher eingeführt werden.

Abg. Göhre (Soz.): Am liebsten würden wir es sehen, wenn das Straffporto wegfiel.

Damit ist der Postetat in zweiter Beratung erledigt. Es folgt die zweite Beratung des

Postfachgesetzes.

Die Kommission hat dem Entwurf u. a. folgende Änderungen vorgenommen: Die Stammeinlagen sollen auf 50 Mk. bemessen werden. Die Sozialdemokratie und die wirtschaftliche Vereinigung beantragen dagegen 20 Mk. Die Gebühren für die Postarten sollen auf 5 Pf. statt 10 Pf. bemessen und zum Zahlungsimpfänger, nicht zum Empfänger, entrichtet werden. Die Mehrheitsparteien beantragen die Eingabebriefe bis zu 20 Mk. 5 Pf. und darüber 10 Pf., die Sozialdemokraten bis zu 100 Mk. 5 Pf. und darüber 10 Pf. zu sehen.

Abg. Vogtherr (Soz.): Die Regierungen haben die Schuld an der Verzögerung dieses Gesetzes, weil sie auf die Forderung der Budgetkommission eingegangen sind bisher geweigert haben. Gätten wir statt einer verknüpferten theoretischen eine geschäftsmäßig gehandhabte Verwaltung, so wäre der Postfachverkehr viel ausgedehnter als er jetzt ist. Welche Preise des Volkes wissen von seiner Einrichtung überhaupt nichts. Man will den Postfachverkehr benutzen, um neue Heberhöfe zu erzielen, statt zur Erleichterung des Postverkehrs.

Die Einnahmen haben 18 Millionen, die Ausgaben 9 Millionen betragen. Tatsächlich wird behauptet, daß der Ueberschuß nur 600 000 Mark betrage. Die Verminderung des Postanweilungsverkehrs ist gerade im letzten Geschäftsjahre außerordentlich gering gewesen. Die Verabschätzung der Stammeinlagen auf 50 Mark liegt im Interesse der kleinen Geschäftsleute. Wir schlagen eine Herabsetzung auf 25 Mark vor, was der Staatssekretär auch schon als zulässig erklärt hat. Die Einheitslichkeit der Gebühren sei gerade aus Handelsfreiheit verlangt worden, deshalb sei der vorliegende Kompromißantrag, der bei Eingabebriefen bis 20 Mark 5 Pfennig, sonst 10 Pfennig Gebühren erheben will, zu verwerfen. Der Staatssekretär hat seinerzeit die Grenze auf 30 Mark festsetzen wollen und damit wohl den Kompromißweg gewiesen. Die Sachverständigenkommission darf nicht maßgebend sein, denn sie war aus Leuten zusammengesetzt, die nur an der Verbilligung des Großverkehrs und der Herabsetzung des Kleinverkehrs ein Interesse haben. Ferner

sollten die Kontoinhaber die Macht haben, durch einmalige Verfügung ihre Guthaben auf die Reichsbank weiterzugeben zu lassen. Die Kompromißanträge machen das Gesetz zu einem verkehrsfreundlichen, und wir werden lieber auf das Gesetz verzichten, als es durch diese Bestimmungen verschandeln zu lassen.

Die erwähnten Kompromißanträge Wed und Genossen wollen die Gebühren für eine Eingabebriefe mittels Zahlarten bei Beträgen bis 25 Mark auf 5 Pf., bei Beträgen darüber hinaus auf 10 Pf. festsetzen. Weiter soll die Bestimmung über das Porto der Sendungen wie folgt gefaßt werden: „Die Sendungen der Postämter und Postanstalten auf die Kontoinhaber sowie die Sendungen dieser Konten und Anstalten untereinander werden zu Postfachangelegenheiten portofrei befördert. Die Briefe der Kontoinhaber an die Postämter unterliegen der Gebühr im Ortsverkehr. Für die Versendung sind besondere Briefumschläge zu benutzen. Werden andere Briefumschläge benutzt, so unterliegen die Sendungen den gewöhnlichen Postportofreien.“ Weiter soll es in § 8 heißen: „Die Postverwaltung kann das Konto bei mißbräuchlicher Ueberziehung des Guthabens aufheben.“ Eine weitere Bestimmung setzt fest, daß die Formulare zu Zahlarten und die oben erwähnten Briefumschläge auch von der Privatindustrie hergestellt werden können.

Abg. Naden (Zentr.): Daß die Kommissionsschlüsse unüberführbar sind, weiß auch der Korredner. Wir nehmen das Erreichbare. Die Entwicklung des Postfachverkehrs ist ein glänzender Erfolg der Verwaltung. Die Ueberschüsse aus dem Postfachverkehr sollten mehr als bisher zu Zweckzwecken benutzt werden. Auch die Handwerker sollten in größerem Umfang den Postfach benutzen. Es ist nötig, daß die Formulare zu den Zahlarten und die hierzu benutzten Umschläge von der Privatindustrie hergestellt und bezogen werden können. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Roland (Nat.): In der letzten schweren Periode des Geldmarktes hat der Postfachverkehr dazu beigetragen, die Situation ungeschicklicher zu machen. Die gesetzliche Regelung, wie sie vorgeföhren, ist lediglich geeignet, diesen Verkehr zu fördern. Im Interesse von Handel, Industrie und Landwirtschaft wird das Gesetz eine wesentliche Verbesserung erfahren. Für die Deckung etwaiger Ausfälle ist die Schaffung eines Reserfonds notwendig.

Abg. Frommer (Nat.): Ostpreußen wünscht ein Postfachamt in Königsberg. Der Staatssekretär hat es dahin gebracht, daß die deutsche Post in der Welt voran geht.

Abg. Schwaidner (F. Vp.): Wir stimmen dem Kompromißantrag zu.

Staatssekretär Kräfte: Die Ausführungen des Abg. Vogtherr waren nicht zureichend. Eine Erhöhung der Gebühren ist nicht berechtigt sein soll, ohne Änderung des Gesetzes die Gebühren herabzusetzen, wenn die Verhältnisse es erlauben. Die Herabsetzung der Stammeinlagen auf 50 Mk. wird den Anschluß an das Postfachwesen sehr erleichtern.

Nach weiterer Debatte wird unter Ablehnung der bürgerlichen Anträge das Gesetz nach der Fassung der Kommission unter Berücksichtigung der Anträge der Kompromißparteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt der Etat der Reichsbruderei. Von Seiten des Zentrum, der Nationalliberalen und der Konservativen wird der Wunsch ausgesprochen, daß durch die weitere Ausdehnung des Betriebs der Reichsbruderei nicht die Privatindustrie geschädigt werde.

Staatssekretär Kräfte stellt fest, daß die Privataufträge 1913 nur 1/3 Prozent betragen. Es besteht nicht die Absicht, der Privatindustrie Konkurrenz zu machen.

Nach kurzer Debatte wird der Etat der Reichsbruderei angenommen und die Sitzung vertagt.

Morgen 11 Uhr: Kolonialetat. Schluß 6 Uhr.

Aus der Partei.

Luxemburg-Kultus?

Aus Frankfurt a. M. wird geschrieben: Das Urteil der hiesigen Strafkammer, das unsere Genossin Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, hat gerade das Gegenteil von dem erreicht, was es beabsichtigt hatte. Anstatt abzusinken, hat es aufsteigend, anfeuernd und begeistern gewirkt, und die mutige Art, wie Genossin Luxemburg dem preussischen Staatsanwalt entgegentrat, hat auch bei den Parteigenossen einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen, die nicht alle ihre Ansichten teilen.

Die bürgerlichen Parteien hätten es natürlich gerne gesehen, daß von der Seite innerhalb der Partei, die mit Genossin Luxemburg in taktischen Fragen nicht übereinstimmt, vielleicht eine gewisse Genugtuung über die Strafe zum Ausdruck gekommen wäre. Aber es ist ganz anders gekommen. In Frankfurt sowohl als auch in Stuttgart wurde Genossin Luxemburg mit nicht endemwollendem Jubel von allen empfangen. Ein jeder fühlte es, daß sie für die Propagierung eines Gedankens kämpfen soll, den wir alle in unserer Brust tragen: das Ideal des Volkstums.

Das mußte natürlich den Neid der bürgerlichen Presse erregen, der eine erhoffte Gelegenheit ihrer Schadenfreude Ausdruck zu geben entgangen war. Dieser Neid kommt in einem hiesigen Blatte also zum Vorschein:

... Zu den physischen Erscheinungen gehört auch der neuerdings ganz unverhofft ausgebrochene Luxemburg-Kultus, der in Stuttgart seinen Höhepunkt erreichte. Was ist das? Rosa Luxemburg ist zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Und das von Rechts wegen! Aber dieser Urteilspruch hat mit einem Schlag bei der Masse ihre seit herige Unbeliebtheit und Bedeutungslosigkeit in Vergeßtheit geraten lassen. Dieselbe Persönlichkeit, die zum Schrecken der Parteitage geworden war, die in Leipzig förmlich mit Gewalt von der Rednertribüne heruntergeholt wurde, wird mit dem Glorienkranz der Heldin umstrahlt.

Man merkt die Absicht und — hat ein mittelbeiges Lächeln für den armen Zeilenstreiber. Ihm geht es ganz genau wie dem Staatsanwalt, der ein außergewöhnlich befähigter Jurist sein soll, der sich aber von der Genossin Luxemburg in ihrer glänzenden Verteidigungsrede, ohne es widerlegen zu können,

sagen lassen mußte, daß seine formale Bildung nicht dazu ausreicht, um die großen Ideen des Sozialismus zu begreifen, die jedem einfachen Arbeiter ohne weiteres einleuchten.

Und doch steht in obigen Zeilen etwas, das der Erörterung wert ist. Es wird von der Unbeliebtheit unserer Genossin Luxemburg gesprochen und in der Tat findet man oft eine gewisse persönliche Abneigung gegen sie. Dies scheint nur daran zu liegen, daß so viele über sie sprechen, ohne sie je gesehen und gehört zu haben. Wir glauben gerade hierzu etwas sagen zu können, weil wir bis vor kurzem auch noch zu denen gehörten, die — wir wollen es offen eingestehen — eine gewisse instinktive Abneigung gegen Genossin Luxemburg empfanden. Der Schreiber dieser Zeilen ist aber, und das möchte er ebenso offen und freudig bekennen, durch die Anwesenheit bei der Frankfurter Strafkammerverhandlung und durch eine nachherige persönliche Aussprache von seiner seitherigen Auffassung gründlich geheilt worden, und er hat nicht gezögert, dieses Geständnis der Genossin Luxemburg auch persönlich abzugeben. Wir möchten aber unser Geständnis öffentlich wiederholen, weil wir glauben, daß es noch viele gibt, die von ähnlichen falschen Vorstellungen befangen sind und denen diese Zeilen vielleicht Anlaß zur Veränderung ihrer Auffassung geben.

Wir hatten uns Genossin Luxemburg ganz anders vorgestellt — wir, wollen wir lieber nicht sagen —, und wir waren deshalb erstaunt, auf der Anklagebank ein weibliches Wesen zu finden, das wenigstens äußerlich nichts von der Mütterlichkeit vermuten ließ, die man ihm nachsagte. Eine kleine Person, ein schmales blaßes Gesicht mit scharf geschnittenem Profil und ein paar fluge Augen, die eher freundlich als rachsinnig in die Welt — pardon — in den Gerichtssaal blickten. Die Beweisaufnahme selbst bot keine besonders bemerkenswerten Momente. Knapp und schlagfertig zugleich antwortete sie, daß sie nicht befreite, die infrimierten Zeugnungen getan zu haben, und daß sie sich vorbehalte, am Schluß zusammenfassend auszuführen, wie sie die Ausführungen verstanden haben wollte. Der Denunziant marschiert auf und hebt die beiden Finger zum Himmel, um dann von einem Zettel geschäftig seine Notizen abzulesen. Der überwachende Polizeibeamte hat nichts von Thron- und Altarerschütterndes gehört, entschuldigt sich aber damit, daß er einen sehr schlechten Platz gehabt habe. Der Staatsanwalt hält seine wuchtige Anklagerede, die von den beiden Verteidigern geschickt zerstückelt wird. Dann kommt ein Augenblick, der uns ewig unvergeßlich sein wird: Genossin Luxemburg erhebt sich vor der Anklagebank und beginnt unter atemloser Stille im Gerichtssaal ihre Verteidigungsrede. Und mit wachsender Spannung hängt alles, Zuhörer, Berichterstatter und Richter an ihren Lippen. Etwas Großes und Gewaltiges, in den Worten zwingendes strömt von ihr aus. Die körperlich kleine Person war plötzlich gewachsen, ihre Worte waren neues Evangelium, dem man mit Ehrfurcht lauscht. Noch nie haben wir überzeugter und begeisterter die Verkündigung des Sozialismus gehört, die uns so im tiefsten Innern erfasste. „Und nun verurteilen Sie mich!“ Das waren ihre letzten Worte, die sie in flammender Begeisterung den Richtern entgegenrief.

Von dieser Stunde an scheint uns vieles, was Genossin Luxemburg sagte und tat, in einem ganz anderen Licht. Wir wissen jetzt, daß es von einer Persönlichkeit ausgeht, für die der Sozialismus Religion ist, die durchdrungen und durchglüht ist von jedem Worte, das sie spricht, und die, wenn es sein muß, ebenso freudig für ihren Glauben sterben wird, wie sie jetzt ein Jahr Gefängnis abtun wird. Eine spätere persönliche Aussprache hat diesen starken Eindruck nur noch vertieft: eine echte weibliche Frau mit goldenem Humor und verblüffender Geistesstärke.

Daß eine solche Persönlichkeit hier und auswärts eine ungeahnte Massenbegeisterung auslösen und bei vielen einen Gesinnungsumschwung herbeizuführen konnte, dürfte nach dem Gesagten verständlich sein. Diese warme Sympathie für unsere Mittämpferin aber einen „Luxemburg-Kultus“ zu nennen, scheint uns wirklich abgeschmackt, besonders wenn dieser Vorwurf von bürgerlicher Seite kommt, einer Seite also, die den Kult hoher und höchster Persönlichkeiten zu einer Lebensaufgabe gemacht hat.

Wir aber haben beim Abschied der Genossin Luxemburg stumm und beschämt die Hand gedrückt und uns gelobt, über niemanden mehr ein Urteil zu fällen, den wir nicht aus eigener Anschauung kennen gelernt haben.

Eggenstein, 6. März. Sozialdem. Verein. Heute Samstag abend halb 9 Uhr findet Versammlung im Adler statt. Die wichtige Punkte zur Tagesordnung kommen, wird um vollständiges Erscheinen gebeten.

Forchheim, 7. März. Entschieden unversöhnlichen Gerichten sei hier nochmals festgestellt, daß die öffentliche Versammlung morgen nachmittags stattfindet und erwarten wir von jedem Parteigenossen, daß er dieselbe besucht und dafür aktiv agiert.

Eßlingen, 6. März. Trotz des schlechten Wetters und trotz des für die hiesigen Verhältnisse ungünstigen Versammlungstages hatten wir heute abend eine derartige glänzende Versammlung. Genossin Frau Paula Ludwig aus Reichenbach in Sachen hielt ein prächtiges, hinreißendes Referat. In 1 1/2 stündigen Ausführungen besprach die Rednerin in eingehender Weise zuerst unsere Sozialgesetzgebung und die Forderung der Sozialdemokratie zu dieser Frage sowie die Stellung der Frauen, (es waren etliche anwesend) zu dieser Frage. Die Genossin verstand es, den Anwesenden aus dem Herzen und zu Herzen zu sprechen. Am Schluß forderte Rednerin in kurzen Worten auf, Mann und Frau müssen zusammenstehen, um den Kampf gemeinsam gegen den Kapitalismus zu führen, dann muß es uns gelingen, für die Arbeiterklasse bessere Verhältnisse zu schaffen. Schlußwort sprach die Rednerin für ihre trefflichen Ausführungen. Genosse Trinks, der um 10 Uhr von Forchheim kam und die Versammlung noch besuchte, richtete ebenfalls prächtige Worte an die Versammlung, indem derselbe aufforderte, wie ein Mann hinter der zu einem Jahr Gefängnis verurteilten Genossin Luxemburg zu stehen, damit wir der Staatsanwaltschaft von Frankfurt die Caution für das Urteil ausstellen können. Am 11 Uhr konnte Genosse Wenz die gut verlaufene Versammlung schließen.

Da Genossin Ludwig noch in mehreren Versammlungen spricht, ist es zu empfehlen, daß nicht nur die Genossen zahlreich erscheinen, sondern daß sie auch ihre Frauen in die Versammlungen mitbringen.

Kommunalpolitik.

Donauschlingen in schweren Finanznöten. Wie verlautet, muß die Stadtgemeinde Donauschlingen an die fürstlich-fürstbergische Verwaltung 86 000 M. Umlagen zurückvergüten. Da dieser große Betrag, wenn er auf einmal zurückerstattet werden müßte, das ohnehin außerordentlich stark belastete städtische Budget allzu intensiv in Anspruch nehmen würde, soll die Rückzahlung gegen entsprechende Verzinsung in etragsfähigen Raten vorgenommen werden. Die finanziellen Aussichten für die Stadtgemeinde sind sehr schlecht und es wird wohl kaum bei der angeforderten Umlagesteigerung mit 18 Pf. auf 60 Pf. verbleiben.

Aus dem Lande.

Bruchsal. Auf in die Frauenversammlung am Sonntag abend! Auch hier in Bruchsal ist es dringend nötig, daß immer mehr Frauen der Sozialdemokratie zugeführt werden. Gerade die unangeführten Frauen sind oft das größte Hindernis im politischen und wirtschaftlichen Kampfe. Es fehlt oft nur an der nötigen Aufklärung. Die soll am Sonntag abend in der „Hals“ den Frauen und Mädchen gegeben werden. Ein zahlreicher Besuch ist dringend zu wünschen. Genossin Sörnle aus Stuttgart hat das Referat übernommen. Anschließend beginnt die rote Woche, auch diese möge nicht ungenützt vorüber gehen. Neue Anhänger für die Partei und neue Leser für die Arbeiterpresse müssen gewonnen werden. Parteigenossinnen und Parteigenossen, tue jeder seine Pflicht und der Erfolg wird ein guter sein. An die Arbeit!

Kaninchenausstellung. Am morgigen Sonntag findet hier im Gasthaus zur „Sonne“ eine große Kaninchenausstellung statt. Die Ausstellung ist hauptsächlich von Züchtern aus Ettingen besetzt. Ferner sind auch bessere Pelzschädel aus Kaninchenfell, sowie Kaninchenfleisch in verschiedener Zubereitung ausgestellt, um den Besuchern vor Augen zu führen, was sich von den Kaninchen alles machen läßt. Auch eine Kaninchenkapelle, bestehend aus sieben Köpfen, wird während der Ausstellung konzertieren. Der Besuch seitens der Einwohner und hauptsächlich Interessenten dürfte nur zu empfehlen sein. Sonntag mittag um 3 Uhr findet im oberen Saal zur „Sonne“ ein Vortrag über Kaninchenzucht statt, worauf in besonders aufmerksam machen. Wertvolle Zuchttiere sind verlässlich gemeldet und bietet sich hier für Anfänger gute Gelegenheit. (Alles Nähere siehe Inserat!)

Baden-Baden. Bürgerauschüttung. In der Sitzung des Bürgerausschusses am letzten Donnerstag wurden sämtliche auf der Tagesordnung stehenden Punkte und zwar 1. Beratung des Voranschlags, 2. Aufnahme eines Anlehens, 3. Ausführung der Asphaltierung der Langstraße zwischen der Sternstraße und Wadischhofbrücke, 4. Erwerbung von Grundstücken und 5. Verlegung eines Speisefeldes zwischen der Unterstation hinter dem Kurhaus und dem groß. Schloß im Sinne der stadträchtlichen Anträge erledigt. Die Sitzung konnte abends gegen halb 10 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen werden. Eine Zulage an die Volksschullehrer. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, vom 1. Juli ds. Js. ab den unfähigen Lehrern an der hiesigen Volksschule eine besondere Vergütung von 60 Mark pro Wochenstunde zu bewilligen, falls die Lehrer mehr als 80 Unterrichtsstunden erteilen. Fleischpreise. Die hiesige Metzgerei hat die Fleischpreise für Kalb- und Rindfleisch um je 5 Pf. für das Pfund erhöht, dagegen die Preise für Schweinefleisch um 5 bis 10 Pf. ermäßigt. Die Preise betragen nun für je ein Pfund Ochsenfleisch 105 Pf., für Rindfleisch 1 M., Rindfleisch 95 Pf., Kalbfleisch 110 Pf., Schweinefleisch 95 Pf., Schweinefotelette 1 M. und Hammelfleisch 110 Pf.

Offenburg. Frauentag. Wir machen nochmals auf die morgen Sonntag, abends 8 Uhr in der „Neuen Hals“ stattfindende Frauenversammlung aufmerksam. Genossin Ludwig aus Reichenbach wird sprechen. Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes erscheint vollzählig. Ebenso sind auch die Genossen eingeladen. Bringt Eure Frauen mit! Sorgt für guten Besuch! Bildungskursus. Wir ersuchen die Genossen nochmals sich recht zahlreich an dem heute abend im Parteilokal beginnenden Bildungskursus zu beteiligen. Auf zur Werbearbeit! Heute abend 8 Uhr, Ausgabe der Flugblätter im „Anker“, (Nebenzimmer). Genossen! Stellt euch zahlreich zur Verfügung, dann wird die Arbeit eine leichte sein. Bleibe keiner zurück, jeder einzelne muß es als Ehrenpflicht betrachten, sich daran zu beteiligen. Erwerb des badische Staatsbürgerrecht, damit ihr bei kommenden Wahlen wahlberechtigt seid. Auskunft erteilt, ebenso besorgt auch etwaige Schriftsätze kostenlos Franz Hoffmann, Hildstraße 60. Der Vorwärtsverein e. G. hielt am Mittwoch abend seine ordentlich Generalversammlung ab. Der ausgegebene gedruckte Jahresbericht zeigt, daß das Jahr 1913 kein sehr günstiges war; auch sind 173 Mitglieder ausgeschieden, darunter durch Tod allein 68, sodas von 2689 zu Anfang des Vorjahres am Schlusse mit den 118 neuen nur noch 2629 vorhanden waren. Der einleitende Geschäftsbericht sagt: Das Geschäftsjahr brachte uns keine Belebung des Verkehrs. Die schlimmsten Ausichten wurden leider durch teilweise Fehler in Wein und geringer Tabakernte bei schlechten Preisen in Wirklichkeit erschreckend übertroffen. Die Wirkungen des Ausfalls der Ernterergebnisse in Wein und Tabak, welche für die Umgebung Offenburgs wenige Millionen Mark betragen, spiegeln ihr betrübendes Bild in unserem Geschäft wieder. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahre um 1 711 600 M. auf 76 245 120 M. zurückgegangen. Der Reingewinn beträgt 119 007,20 M., im Vorjahre 134 731,40 M. Und trotz dieses Rückganges können wir mit großer Befriedigung auf die Leistungen unseres Vereins zurückblicken. Den kreditwürdigen Mitgliedern wurden die erforderlichen Gelder zu einem Zinssatz ermöglicht, der sich 1 Prozent unter dem Reichsbankfuß bewegt. Dieser war vom 14. November 1912 bis 27. Oktober 1913 sechs Prozent. Auch haben wir hunderttausende Mark, ohne von unserem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen, sofort zurückgezahlt. Am Schlusse des Jahres waren Kredite verteilt an Mitglieder der landwirtschaftlichen Betriebe 698 860 M., an Mitglieder des Handwerks 670 040 M., an Mitglieder des Groß- und Kleinhandels und der Industrie 2 395 100 M., an Mitglieder der verschiedenen Berufsarten 1 421 000 M. Aus diesen Zahlen wird nachgewiesen, welche Stütze unser Verein den Mitgliedern bei auftretenden Geldbedürfnissen ist. Dabei ist die Annehmlichkeit der Beschaffung von Geldmitteln

in plötzlich auftretenden Notfällen, sowie deren ratenweise Zurückzahlung eine Annehmlichkeit, welche für den Geldbedürftigen ebenso willkommen ist, wie den Geldeinlegern bei etwaigem Zurückziehen ihrer Einlagen.

Der Reingewinn von 119 007 M. soll nach dem Vorschlag des Verwaltungsrates in folgender Weise Verwendung finden: 6 Prozent Dividende aus 1 197 492 M. Stammanteilen = 71 849 M., dem Reservefond 12 632 M., Rückstellung an Real-Kreditkonto 14 184 M., Abschreibung am Bankgebäude 926 M., dem Aufsichtsrat zur Verfügung für gemeinnützige Zwecke 1000 Mark und 18 414 M. Vortrag auf neue Rechnung. Im Juni dieses Jahres wird das Vereinsinstitut das 50jährige Bestehen in feierlicher Weise begehen.

Heidelberg, 6. März. Infolge der gestern und heute niedergegangenen reichlichen Niederschläge steigen der Neckar und seine Nebenflüsse rapid. Seit gestern ist der Neckar um etwa einen Meter gestiegen. Der Pegel verzeichnete heute früh hier 278 Zentimeter Wasserhöhe. Vom Oberlauf des Neckars wird weiteres starkes Waschen gemeldet. Auch der Rhein ist in stetigem Steigen begriffen.

Stimmelschloß, 6. März. Vor einigen Tagen fiel das 2 1/2 Jahre alte Kind des Kaufmanns Troll in die zurzeit hochgehende Wutach. Der des Wegs kommende Alfred Göb sprang sofort ins Wasser und entriß unter großer Mühe das Kind dem Tode.

Freiburg, 6. März. Ein wegen mehrfacher Liebertretungen festgenommener Hausbursche von Stuppenheim unternehm während der Verbringung auf die Polizeiwache einen Fluchtversuch und schoß sich eine Kugel in den Kopf. In schwerem Zustand wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Sittach, 5. März. In der Wirtschaft im Hinterberggericht führte ein betrunkenen Italiener die Treppe hinab und erlitt eine so schwere Verletzung, daß der Tod des Mannes eintrat.

Bammental bei Heidelberg, 5. März. Gestern früh wurde ein 15jähriges Mädchen auf dem Wege von Waldhilsbach hierher von einem Burschen überfallen und beraubt. Der Bursche verjagte das Mädchen zu würgen, flüchtete dann aber als das Mädchen um Hilfe schrie.

Berichtszeitung.

Strafkammer Offenburg.

L. Aus der Strafkammer Offenburg. Wieder stand ein Sittlichkeitsverbrecher vor der Strafkammer in der Person des Marius Rabatut-Lestren von Paris wegen Verstoßes gegen § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuches. Der Angeklagte erhielt eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. — Wegen Diebstahls erhielt der kurz vor der Tat aus dem Gefängnis entlassene Peter Pauli aus Düsseldorf 7 Monate Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, weil er bei seiner früheren Mietsfrau zu helfen versuchte. — Wegen Diebstahls erhielt der vielfach vorbestrafte J. G. Müller von St. Georgen i. Schw. eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 3 Jahre Ehrverlust. Er hatte zuletzt einem Bekannten, der ihn einige Zeit kostenlos bei sich behielt, trotzdem er ihn früher schon bestrahlt, wieder 18,80 M. gestohlen. — Wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und Unterstellung erhielt der verheiratete Arbeiter Jakob Bühler von Reichenbach (Amt Trübing) eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Der Angeklagte hatte von seinem Vorgesetzten Dynamitpatronen erhalten, die er unerlaubterweise in seinem Keller aufbewahrte, freilich auf Geheiß des Vorgesetzten, später aber behielt er von sich aus 4 Stück zurück, von denen er eine zur Sprengung eines Felsens verwendete und die übrigen wieder im Keller aufbewahrte und erst später wieder bei einem anderen Arbeitgeber aufbrauchte.

L. Der Schlachthofbericht verzeichnet für den Monat Februar 884 geschlachtete Tiere gegen 910 im Februar 1913, also 26 Stück weniger. Ebenso wurden nur 649 Kilogramm Fleisch eingeführt gegenüber 847 Kilogramm im gleichen Monat des Vorjahres, also 198 Kilogramm weniger. Der Fleischkonsum geht immer noch sehr stark zurück.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 7. März.

Zur Luxemburg-Versammlung

am morgigen Sonntag in der Festhalle sei nach folgendes mitgeteilt:

Die Saalöffnung findet um halb 10 Uhr statt. Beginn der Versammlung punkt halb 11 Uhr. Die Inhaber von Mitgliedsbüchern, die freien Eintritt haben, dürfen nur durch den Haupteingang oder den Garderobenanbau beim Stadtgarteneingang die Festhalle betreten. Mitgliedsbücher sind unbedingt vorzubringen. Die Sänger treten zu Beginn und zum Schluß der Versammlung auf, es bleibt für sie das Podium reserviert. Der Eintritt für nicht Parteimitglieder beträgt 25 Pf. Karten sind in folgenden Vorverkaufsstellen zu haben:

Expedition des „Volksfreund“, Luisenstraße 24, „Deutsche Erde“, Jugartenstraße 60, „Auerhahn“, Schützenstraße Nr. 58, Zigarrengeschäft Fr. Köpper, Rippurrerstraße 10, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, Fahrradhaus „Frisch Auf“, Adlerstraße 8, „Zur Palme“, Vestingstraße 40, „Zum neuen Saalbau“, Bachstraße 69.

Achtung Beststadt!

Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute Samstag abend 8 Uhr im Nebenzimmer des „Waldschloßchen“ stattfindende wichtige Besprechung aufmerksam gemacht. Es ist vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Taglanden. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag den 8. März, vormittags halb 9 Uhr, im Parteilokal zusammenzufinden zwecks Regelung einer sehr wichtigen Sache. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Der Streik bei Dyckerhoff u. Widmann dauert ununterbrochen fort. Die Arbeiter mögen vor allem darauf sehen, daß am Montag kein Zugang nach hier kommt.

Veranstaltungen.

Unheimliches aus dem Reich der Hölle! so bezeichnet die bekannte Wiener Schauspielerin Helene Odilion eine Regitations- und Experimentatabend, den sie am kommenden Donnerstag, 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Museumskaale gemeinschaftlich mit ihrem Gatten, Dr. A. von Rodwan geben wird. Die gefeierte Künstlerin wird zunächst unheimliche Geschichten von Maupassant vortragen und so gewissermaßen Stimmung machen für die darauffolgenden Experimente Dr. Rodwans. Die Wunder der Wachsuggestion, der Gedankenübertragung und all die vielen noch so unheimlichen Erscheinungen

auf diesem Gebiete, wird er uns vorführen und erklären. Den Kartenvorverkauf hat die Hofmusikalienhandlung Hugo Frankh, übernommen.

Im Kolosseum findet heute Samstag abend Vorstellung statt. Morgen Sonntag den 8. März finden zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, statt, in sämtlichen Vorstellungen werden die Original-Chinesen „Lian Schön“ aufzutreten, es sei hier noch besonders bemerkt, daß deren Gastspiel mit dem 11. März beendet sein wird.

Festhallkonzert. Morgen Sonntag, 8. März, von 4 Uhr nachmittags ab, gibt die Feuerwehr- und Bürgerkapelle unter der Direktion des Königl. Oboenkapellmeisters a. D. Herrn Riese in der Festhalle ein Streichkonzert. Das Programm enthält Opern-, Operetten- und volkstümliche Musik. Die Leistungen der Kapelle unter ihrer bewährten Leitung sind bekannt, sodas wir den Besuch dieses Konzerts nur empfehlen können.

Vorbereitungs-Institut für Orchestermusik und Harmonik (Militärmusik). Herr Oboenkapellmeister a. D. G. Riese hat ein Institut zur Vorbereitung im Zusammenwirken für Orchestermusik und Harmonik ins Leben gerufen. Dessen Zweck ist, jungen, vorgebildeten Musikern aller Instrumente Gelegenheit zu geben, sich die nötige Routine im Zusammenwirken aneignen zu können. Herr Riese, dessen Leistungen ja bestens bekannt sind, stellt damit seine langjährigen Erfahrungen in den Diensten der Interessenten, die sein Vorhaben sicher begreifen werden. Ist ihnen doch damit Gelegenheit gegeben, sich im Zusammenwirken unter fachmännischer Leitung zu üben, so das sie den Anforderungen der Zivil- oder Militärapellen frühzeitig genügen können. Wir können das Unternehmen des Herrn Riese nur empfehlen. Das Nähere ist in dem Angeleitete des heutigen Blattes ersichtlich.

Mühler Krug. Morgen findet im „Mühler Krug“ das zweite und letzte Staffierfest statt. Es ist vollständig neues Programm zusammengestellt, sodas sich die Besucher wiederum auf das Beste amüsieren werden. Sowohl das Auftreten der Baderwa-Müller, als auch das Konzert der gesamten 50er Artilleriekapelle unter Oboenkapellmeister Schottes Leitung sichern den Besuchern den Genuß einiger humorvoller Stunden. Außerdem findet in dem vorderen kleinen Saal humoristisches Staffierkonzert statt.

Letzte Nachrichten.

Aus der Ersten badischen Kammer.

Die Erste Kammer befaßte sich gestern mit einer Reihe von Titeln aus dem Ministerium des Innern und zwar Ministerium, Landeskommissare, Verwaltungshof, Generalandesarchiv, Eichwesen, Bezirksverwaltung und Polizei und allgemeine Sicherheitspolizei. In der Debatte wurde u. a. die Änderung der Kreisorganisation und des Kreiswahlrechts, der Waffennisbrauch und das Kinowesen berührt. In längeren Ausführungen ging der Minister des Innern Freiherr von Bodman auf die Darlegungen der einzelnen Redner ein. Er hob dabei u. a. daraufhin ab, das obgleich die Leistungen der Kreise durchaus anerkennen seien, eine Organisationsänderung nicht von der Hand gewiesen werden dürfe. Eine Filialsteuer findet nicht die Zustimmung der Regierung. Dagegen unterstützt sie die Beschränkung des Handels mit Schusswaffen. Dem Wunsch nach Schaffung eines Richtspiegelgesetzes trat der Minister entgegen, da die bestehenden Bestimmungen genügen. Am nächsten Freitag wird die Erste Kammer wiederum tagen.

Rosa Luxemburg in Berlin.

Berlin, 6. März. Gestern fand im Ludauer Hof eine Versammlung statt, die von sozialdemokratischer Seite als Protest gegen die Beurteilung von Rosa Luxemburg einberufen worden war. In der Versammlung sprach kammer Dr. Curt Rosenfeld die Genossin Luxemburg selbst über ihren Prozeß und verteidigte sich gegen die Anschuldigung, das sie das Militär zum Ungehorsam gegen die Befehle habe aufreizen wollen.

Kronprinzen-Belastigungsprozesse.

Berlin, 6. März. Für morgen Mittag 1 Uhr ist für den zweiten Prozeß wegen Verleumdung des Kronprinzen Hauptverhandlungstermin vor der 4. Strafkammer des Landgerichts 1 angesetzt. Die Anklage richtet sich gegen den verantwortlichen Redakteur des Vorwärts, Meyer in Steglitz, der beschuldigt ist, durch einen am 26. Januar im Vorwärts unter der Überschrift: „Abschied vom Regiment“ erschienenen Artikel den Kronprinzen beleidigt zu haben.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Steinarbeiterverband) Montag, den 9. März, abend punkt halb 7 Uhr: Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. 7744 Sängerkartei Karlsruhe. Bei der am Sonntag vormittag stattfindenden Volksversammlung im großen Saale der Festhalle kommen zwei Gastsänger zum Vortrag. Die Probe hierzu findet am Sonntag vormittag 9 Uhr im kleinen Saale der Festhalle statt und ersuchen wir alle Sängerkollegen um vorzähliges und pünktliches Erscheinen. (Noten von Zach Josefson, Krant den Tag und eventuell Der Sturm, sind zur Probe mitzubringen.) 7689 Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts) Sonntag nachmittags 5 Uhr Zusammenkunft bei Mitglied Blach zur „Schumpel“. Auch bei Durlach. (Sozialdem. Verein) Wir machen die Parteigenossen auf die am Dienstag den 10. d. M. in der „Blume“ stattfindende Frauenversammlung aufmerksam und hoffen, das auch sämtliche Genossen dort erscheinen. 7728 Rintheim. (Turnerbund) Sonntag den 8. März, nachmittags halb 3 Uhr, findet im Lokal eine Mitgliederversammlung statt, wozu wir unjere verehrl. Mitglieder freundlichst einladen. 7727 Der Turnrat.

Unsere Ublage in der Altstadt ist vom kommenden Montag ab nicht mehr bei Herrn Karl Sauter, sondern bei Herrn Wilhelm Sauter, Karl Wilhelmstraße 38. Expedition des „Volksfreund“.

Er gros. Julius Strauß, Karlsruhe. En détail. Größtes Spezialgeschäft in Velagartikeln, alle Arten Velagartikeln, Samt- u. Seidenbänder, Passamenten, Spitzen, Knöpfe. — Weißwaren, Handtücher, Strümpfen, Strawatten, Fächer. Große Auswahl in Rücken-Boas und modernen schwarzen Spitzen-Umhängen. Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telefon 372. Blumen, Unterrocke u. s. w. sehr preiswert.

Koche mit Knorr

Montag:	Knorr-Grünke-Suppe
Dienstag:	" Pariser-Suppe
Mittwoch:	Knorr-Tomatensuppe
Donnerstag:	" Blumenkohl-Suppe
Freitag:	Knorr-Erbensuppe
Samstag:	" Frankfurter-Suppe
Sonntag:	Knorr-Suppe Reis mit Tomaten

6872

48 Sorten Knorr-Suppen.
1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.

Arbeiter-Gesangverein Harmonie Karlsruhe.

Heute abend von 8 Uhr an und morgen, Sonntag, von 11 Uhr an Fortsetzung des

Preisfestes

Der Vorstand.

Große Kaninchen-Ausstellung in Ettlingen

am 7. u. 8. März im Gasthaus 3. Sonne verbunden mit Prämierung u. Verlosung.

Eintritt 20 Pfg. Glückshafen - Los à 10 Pfg.
Eröffnung Samstag vormittag 11 Uhr.
Kinder haben am Samstag mittag freien Eintritt. Sonntags nur in Begleitung Erwachsener.

Festhalle.

Sonntag, den 8. März, 4 Uhr nachmittags:

Streich-Konzert

(Opern, Operetten- und volkstümliche Musik)

gegeben von der **Feuerwehr- und Bürger-Kapelle Karlsruhe.**

Direktion: Königl. Obermusikmeister a. D. S. Riese.

Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenbesitzern
Sonstige Personen
Militär und Kinder je die Hälfte.

Program 10 Pfennig.
Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

„Zur Drehscheibe“.

Samstag den 7. März 1914

Großes Komikerkonzert

der Gesellschaft Beck.

Anfang 8 Uhr. Es ladet höf. ein Friedrich Seiter.

Restauration Walhalla

Augustenstraße 27.

Sonntag, den 8. März, nachmittags 4 Uhr beginnend,

Großes Künstler-Konzert.

Eintritt frei!

Café Wolf

Südstadt vorm. Wilser Wilhelmstraße

Die ganze Nacht geöffnet.

Stets frisches Kaffee- u. Teegebäck.
Reine Weine.

Empfehle meine freundlichen Lokalitäten zur gef. Benützung.

Heute

Doppelte Rabattmarken

auf sämtliche Artikel

ausgenommen Lebensmittel, 7735
Markenartikel und Nähgarne

Geschwister

KNOPF

Fussball-Club Mühlburg

Verein für Rasenspiele

e. V. — Gegr. 1905.

Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.

Samstag, 7. März 1914, Spielerversammlung.

Sonntag, 8. März 1914, auf uns. Plätze 1/2, 3 Uhr.

2. Mannschaft in Gaggenau.
3. Mannschaft in Knielingen 1 Uhr.
A.H.-Mannschaft F.C. - Phönix A.H. auf uns. Plätze 1 Uhr.

Sonntag, 15. März 1914, Phönix Mannheim
auf unserem Platze. 2008

Vorbereitungs-Institut für Orchester- und Harmoniemusik

Dienstags von 8-10 Uhr abends.
Harmoniemusik-Probe
Donnerstag von 8-10 Uhr abends
Orchestermusik-Probe.

Anmeldungen von jungen Musikern aller Instrumente für diese Besetzung erbitet 7733

Königl. Obermusikmeister a. D. H. Liese.
Durlacher Allee 29c II.

An Neu-Erscheinungen sind zu verzeichnen:

August Bebel.

Aus meinem Leben. Dritter Band. Gebunden Mk. 2.25, broschiert Mk. 1.80.

Karl Marx, Der 18. Brumaire des Napoleon Bonaparte (Band 81 der Kleinen Bibliothek). Gebunden Mk. 1.—, Vereinskass.

C. Bernstein, Grundzüge des Kommunismus 20 Pfg.

Sozialdemokratie und Arbeitslosenfürsorge (Sozialdemokratische Flugblätter Nr. 21) 10 Pfg.

Sämtliche Bücher und Broschüren werden schnellstens besorgt.

Buchhandlung Volksfreund, Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Frauen

welche sich mit der Maschinen-Industrie beschäftigen wollen, ist Gelegenheit geboten, sehr billige gebrauchte Maschinen in bestem Zustand zu erwerben.

Zuerst Karlsruhe, Sophienstraße 41, portiere. 7748

Geschäfts-Empfehlung

Unterzeichneter empfiehlt sich in Unterfertigung seiner Herren-Garderoben aller Art. Garantie für gute Arbeit und tadellosen Sitz. Muster in deutschen u. engl. Stoffen in größter Auswahl. Auch werden dabei die Damen-Kostüme angefertigt.

Wilhelm Trutz
Schneidermeister 7741
Kaiserstraße 9, 3. St.

Kleiderschrank

gr. Müllig. Kleiner Kleiderschrank, kleiner Herd, zwei kleine Haubeisen, Wickelkommode, großer Küchentisch und verschiedenes wegen Platzmangel spottbillig zu verkaufen. 7749

Yorkstraße 28, part.

Chauffeur

werd. wollen in der Auto-Zentrale Wroblewski & Cie. Offen- burg (Bad.) Stellennachweis gratis. 7748

Getragene Schuhe

Herren-, Damen- u. Kinder- schuhe, billig zu verkaufen.

Markgrafenstraße 7
L. Vermann. 7714

Gelegenheitskauf!

Ein wie neues, schwarzes Konfirmandenkleid, mittlere Größe, billig abzugeben. Anzu- sehen jederzeit. 7628
Amalienstr. 22, im Laden.

Herren- u. Fahrrad Damen-

jedes Torpedo-Freilauf, mit Garantieschein, jedes für 58 Mk. zu verkaufen. 7601
Baumwollstr. 38, portiere.

Verkauf

fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauen-Kleider, gut ge- machte Schuhe, Stiefel in ei- gener Schuhmacherwerkst. 8970

Frau Streckfuß Durlacher- straße 79.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Chefaufgebot vom 4. März: Karl Aufseer von Wuffeh, Kaufmann in Zürich, mit Berta Wormser von hier.

Geburten vom 28. Februar bis 2. März: Werner Erwin Richard, Vater Joh. Löh, Metzger und Wirt. Gertrud Amanda Marta, Vater Karl Heiden, Kaufmann. Hildegard, Vater Johann Eichele, Schumann. Maria Luise, W. Josef Buchholz, Bureaugehilfe.

Todesfälle vom 3.-6. März: Wilhelm Benoit, Geh. Raurat a. D., Chemann, alt 87 Jahre. Ludwig Mader, Konditor, Wittwer, alt 66 Jahre. Wilhelmine Warter, Häberin, ledig, alt 63 Jahre. Wilhelmine Krauth, alt 65 J., Ehefrau des Premiers Heinrich Krauth. Wilhelm Wöringer, Privatier, Wittwer alt 68 J. Marie Börner, alt 39 Jahre, Ehefrau des Magazinarbeiters Ludwig Börner. Thomas Schäfer, Bildhauer, Chemann alt 73 Jahre.

Residenz-Theater

Durlach

im „Grünen Hof“.

Samstag, 7. März 1914, abends 8 Uhr

Eröffnungs-Vorstellung.

Sonntag, 8. März 1914 ununterbrochen von nachmittags 2 Uhr bis abends 11 Uhr Vorstellungen:

„Heimatlos!“

Nach dem berühmten Roman „Sans famille“ von Hector Malott.
Ein Vorspiel und 5 Akte.
Ein spannender, vornehm gehaltener Film.

Die kleine **Maria Fromet** bekannt durch ihre Darstellungen aus „Menschen unter Menschen“ und „Lebendig tot“ spielt die Hauptrolle. 7737

Einige gebraucht. Herde von Mk. 10.— an sind sehr billig zu verkaufen. 7579
Luisenstraße 45, 1. St.

Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen:

Holländer

Rotkraut

pro Kopf 20

Italiener

Blumenkohl

pro Kopf 15 und 17

Neue

Malta-Kartoffeln

3 Pfund 35
10 Pfund 1.10

Pariser

Kopfsalat.

per Kopf 15 Pfg.

Pfannkuch & Co

Besonders billige Preise!

Für Mädchen

- Taghemden in verschiedenen Fassons und solider Verarbeitung 1.95 1.60 1.85 95.3
- Beinkleider mit Stickerei 1.95 1.60 1.28 95.3
- Anstandsrocke mit Volant und festoniert 1.75 1.45 95.3
- Prinzessrocke mit Stickerei 8.80 2.90 2.60
- Stickerei-Unterröcke mit breiten eleganten Volants 2.90 2.20 1.85 1.58
- Korsetts
 - grau Drell mit Spitzen 1.10
 - Miederfassons, blau-weiss gestreift 1.45
 - Reform, vornen zum knöpfen 1.70
- Strumpfhalter Paar 48.3
- Seidene Haarbänder . . 1 1/2 Meter 88 u. 20.3
- Taschentücher mit Namen, Linon und Batist, mit Hohl-saum 1/2 Dutzend 2.10 1.45 95.3
- Spitzen-Taschentücher mit und ohne Aufschrift Stück 60 60 50 45 30.3
- Kerzentücher Stück 2.75 1.85 95.3

Kerzenbänder

- mit Goldschrift und Fransen 95.70.3
- Kommunionkränze St. 6.40 1.75 1.85 bis 95.3
- Kerzen-Ranken Stück 2.40 75 bis 50.3
- Kerzen Stück 95.3

Für Knaben

- Weiss gestärkte Hemden Stück 8.40 2.90
- Stehumleg- und Stehkragen Stück 45.3 30.3
- Krawatten in grosser Auswahl Stück 1.10 bis 35.3
- Manschetten per Paar 80.3 bis 45.3
- Hosenträger per Paar 95.3 65.3 48.3
- Macco- und Normal-Hosen Stück 2.10 1.95 1.45 95.3
- Socken per Paar 55.3 35.3
- 1/2 Dutzd. Taschentücher mit Buchstaben 95.3
- Manschetten- und Kragen - Knöpfe in grosser Auswahl.
- Ein Posten Trikot - Handschuhe schwarz und weiss Paar 95.3 48.3

Für Konfirmanden

Für Kommunikanten

Glaçe-Handschuhe

weiss und schwarz
Paar
1.95 1.45

Paul

Burchard

Kaiserstrasse 143.

Ein Posten Herren- und Damen-Regen-Schirme

Stück
3.90 4.90 5.90

Neuheiten!!
Damen-Kostüme . . . 12.80 an
Blusen, weiss u. farbig 95.3 an
Kostümhüte 88.3 an
Hesler-Körbe staunend billig.
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.
Weil kein Laden, billigste Preise.

Allgem. deutscher Sprachverein
Männergruppe des Vereins für das Deutschum im Ausland.
Mittwoch den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Künstlerhauses (am Karlstor) 7743

Rosegger-Abend.

Redner: Schriftsteller Dr. Blattensteiner aus Wien.
Ueber Rosegger und aus Roseggers Schriften.
Eintritt: 3 M., 2 M. und 1 M. Die Mitglieder beider Vereine (einschl. der Frauengruppe) auf allen Plätzen die Hälfte.
Vorverkauf in Lind's Buchhandlung, Kaiserstrasse 94.

Von 1/10 Uhr an im Nebenzimmer bei freiem Eintritt
Zwanglose Zusammenkunft.

Mitteilungen des Herrn v. Kramer aus Marburg a. d. Drau über: Deutsche Besiedelung der Alpenländer.

Waldstr. 16/18. **COLOSSEUM** Telefon 1938.
Heute Samstag, den 7. März 1914, abends 8 Uhr
Vorstellung.

Sonntag, den 8. März 1914
zwei Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
In sämtlichen Vorstellungen:

Die Original chines. Gaukler-Truppe „Lian Schön“. 7730

Bekanntmachung.

Die amtliche Behandlung der Fundfachen betr.

Bei den beiden Maskenbällen am 31. Januar und 21. Februar sowie beim „Witzgerball“ am 24. Februar wurden in der Festhalle aufgefunden: Geldbeutel mit Inhalt, Taschentücher, Haarlamme, Fächer, Armbänder, Broschen, Uhren und anderes.

Die Berechtigten werden aufgefordert, ihre Rechte an den aufgefundenen Sachen binnen 14 Tagen bei uns (Rathaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 41) geltend zu machen, andernfalls das Verfahren nach § 979 B.G.B. eingeleitet werden wird.

Karlsruhe, den 4. März 1914. 7731

Maskenball-Kommission.

Ettingen :: Brauerei Hensle.
Sonntag nachmittag von 4 Uhr ab

Komiker-Konzert.

Hierzu ladet freundlichst ein
Emil Zehle, Metzger u. Wirt. 7729



Sämtliche Werkzeuge für Holzbearbeitung
empfehlen 7789

Mary Gutmann

Karlsruhe. Kaiserstrasse 241.

Verblüffend

Firmit

das moderne selbsttätige
Waschmittel.

Gar. unschädlich.
Überall zu haben.

P. H. Schrauth Neuwied

16.3 pro 1/2 Pf. kostet nur 25 Pfg.

Fortwährend werden bei
J. Waldvogel
Durlacherstrasse 55,
guterhalt. Herren u. Damen-
kleider, Schuhe, Stiefel,
Wäsche u. u. zu Ausnahm-
preisen verkauft. 7800

Erfinder!

Rat und Hilfe durch
Patentbüro Villingen 22 Tel. 15
15 Jähr. Erfahrungen

Möbel

komplette Einrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke

kaufen Sie

gut und billig zu günstigen
Zahlungs-Bedingungen bei
Möbelhaus Pistina
Schützenstr. 17.

Franko-Lieferung auch nach
auswärts. Reiche Auswahl
allen Preislagen. 7801

Gebrüder Scharff

Wir empfehlen unsere

Schrubber

(aus der Fabrik unseres
Stamm-Hauses, daher
aussergewöhnl. billig.)
per Stück 13.3 24.3
32.3 36.3 und 38.3

Waschbürsten

per Stück 12 18 24
und 26.3

Besen

Handbesen
pr. St. 28 50 u. 60.3
Staubbesen
per St. 38 bis 125.3
Straßenbesen
per Stück 70 u. 80.3

Putztücher

(gute haltbare Qualität.)
per Stück 16.3 22.3
28.3 35 und 42.3

7724

Der
Weltkum
plant si
führt zu
körper u
Lun die
brud ge
Stadten
behöflic
Olympia
Karte, d
dieser B
Zurwar
die Vete
gehenden
turnerij
100 die
nicht die
Karte m
gefordert
das schwe
anders.
führunge
unterfric
me plädie
das es fi
zu jubere
Es ist
große M
den Spor
in Frage
lediglich
die sich in
Sportverei
Wolke
Seit dur
wortlicher
aber nicht
beiterturn
niert die
aufs Bl
Ba
Wie a
die Behör
turnverei
gefahtet
kängig vo
lich beton
gendwelch
wäre Unt
Jugendlic
Freiheit G
um jeman
ne Kümme
unmöglich
die Zurn
10 m m l u
18 Jahre
da der Be
Der Lette
fehlen be
sch am B
mit der C
Vertrafug
sammlung
worden sei
Freisprech
ist.
Die fr
Kriegsmi
mobilkorps
fügung.
Verband
im Kriegs
dürfen. Z
süßen. Z
dann er b
vorberreit
nach die
angefreit
die mit de
Fuss
Wiese der
freien Lu
auszubre
Mannschaf
kräften ver
sich und
sind sich
bund die U
ben. Ein G
lagt und so
überlegen u
Burg vor S
Wesigkeit be
Mannschaf
mende Cr
ermähl, du
wächter je
meinen ent
Kriegsnoße